

## **Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 1. April bis 5. April**

(Stand: 05.04., 16:00 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –  
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

## 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

### OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:  
Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

---

### [Zeit Online:](#)

#### **Deutschland weist 40 russische Diplomaten aus (Z)**

#### **Als Reaktion auf die Gräueltaten von Butscha erklärt die Bundesregierung zahlreiche Mitarbeiter der russischen Botschaft zu "unerwünschten Personen".**

Als Reaktion auf die Gräueltaten im ukrainischen Butscha hat die Bundesregierung 40 russische Diplomaten zur Ausreise aufgefordert. Die Arbeit dieser Botschaftsangehörigen sei "eine Bedrohung für diejenigen, die bei uns Schutz suchen", sagte Außenministerin Annalena Baerbock in Berlin. "Dies werden wir nicht weiter dulden." Die Bundesregierung habe entschieden, "eine erhebliche Zahl von Angehörigen der russischen Botschaft zu unerwünschten Personen zu erklären, die hier in Deutschland jeden Tag gegen unsere Freiheit, gegen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gearbeitet haben", sagte die Grünenpolitikerin.

Werden Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt, kommt dies einer Ausweisung gleich. Bei den Betroffenen sei "von einer Zugehörigkeit zu russischen Nachrichtendiensten auszugehen", hieß es weiter. Sie hätten nun fünf Tage Zeit, Deutschland zu verlassen.

Russland kündigte eine Reaktion an. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, sagte der Agentur Interfax: "Wir werden auch auf diesen böswilligen Akt der deutschen politischen Maschine antworten." Die russische Botschaft in Berlin teilte im Messengerdienst Telegram mit, dies werde die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter "verschlechtern". Der Schritt der Bundesregierung sei "unbegründet". Dies werde "den Raum für die Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen unseren Ländern verengen, was zu einer weiteren Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen führen wird".

#### **"Unglaubliche Brutalität der russischen Führung"**

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus dem Vorort von Kiew waren in Butscha Hunderte Leichen entdeckt worden. Die Ukraine macht für das Massaker russische Truppen verantwortlich, die die Kleinstadt bis vor Kurzem besetzt hatten. Moskau bestreitet das.

"Die Bilder aus Butscha zeugen von einer unglaublichen Brutalität der russischen Führung und derer, die seiner Propaganda folgen, von einem Vernichtungswillen, der über alle Grenzen hinweggeht", sagte Baerbock. "Ähnliche Bilder müssen wir noch aus vielen anderen Orten befürchten, die russische Truppen in der Ukraine besetzt haben." Sie sagte weiter: "Dieser Unmenschlichkeit müssen wir die Stärke unserer Freiheit und unserer Menschlichkeit entgegensetzen." Dabei müsse "klar sein, dass wir für unsere Freiheit eintreten und bereit sein müssen, sie zu verteidigen".

Die Bundesregierung werde weitere Reaktionen gemeinsam mit den Partnern Deutschlands auf den Weg bringen, betonte Baerbock. "Wir werden die bestehenden Sanktionen gegen Russland weiter verschärfen, wir werden unsere Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte entschieden ausbauen und auch die östliche Flanke der Nato stärken."

Die Bundesregierung hatte zuletzt mehrfach russische Diplomaten als Sanktion ausgewiesen. Im Dezember hatte sie als Konsequenz aus einem Berliner Mordurteil gegen einen Russen zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft zu "unerwünschten Personen" erklärt. Belgien hatte vergangene Woche wegen des Vorwurfs der Spionage 21 russische Diplomaten ausgewiesen. Auch das niederländische Außenministerium hatte mitgeteilt, 17 russische Diplomaten wegen des Vorwurfs der Spionage auszuweisen. Tschechien hatte ebenfalls einen russischen Diplomaten des Landes verwiesen. Auch weitere Partnerländer hatten russische Diplomaten in der vergangenen Woche ausgewiesen – darunter die USA, die Niederlande, Polen, Bulgarien, die Slowakei und Irland.

Geregelt werden Rechte und Pflichten von Diplomaten durch das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD). Wichtigstes Vorrecht ist danach die Immunität eines Diplomaten. Wird er zur Persona non grata ("unerwünschte Person") erklärt, kann das Gastland die Immunität mit Ablauf der Ausreisefrist aberkennen. Ein konkretes Fehlverhalten des diplomatischen Personals ist nach Angaben des Auswärtigen Amtes keine Voraussetzung für die Erklärung zur Persona non grata. Vielmehr liegt dieser Schritt demnach voll im Ermessen des Gastlandes und muss nicht begründet werden.

---

### **Pressemitteilung des BMWK**

#### **BMWK setzt Bundesnetzagentur als Treuhänderin für Gazprom Germania ein - Erwerb der Gazprom Germania GmbH durch JSC Palmary schwebend unwirksam**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) setzt die Bundesnetzagentur vorübergehend als Treuhänderin für die Gazprom Germania Gruppe ein. Die entsprechende Anordnung wird heute im Bundesanzeiger veröffentlicht. Hintergrund der Entscheidung sind unter anderem unklare Rechtsverhältnisse sowie der Verstoß gegen die

Meldepflicht im Rahmen der Außenwirtschaftsverordnung. Die Gazprom Germania GmbH betreibt in Deutschland kritische Infrastruktur und hat damit eine herausragende Bedeutung für die Gasversorgung.

Bundesminister Robert Habeck erklärte dazu. „Die Anordnung der Treuhandverwaltung dient dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Dieser Schritt ist zwingend notwendig. Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet.“

Die Treuhandverwaltung durch die Bundesnetzagentur wird auf Grundlage des Außenwirtschaftsgesetzes bis zum 30. September 2022 angeordnet. Dies betrifft sämtliche Stimmrechte aus Geschäftsanteilen an der Gazprom Germania GmbH. Die Wahrnehmung der Stimmrechte der Gesellschafter der Gazprom Germania GmbH wird ausgeschlossen. Die Stimmrechte aus den Geschäftsanteilen an der Gazprom Germania GmbH gehen auf die BNetzA über. Die BNetzA ist insbesondere berechtigt, Mitglieder der Geschäftsführung abzurufen und neu zu bestellen sowie der Geschäftsführung Weisungen zu erteilen. Die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis in Bezug auf das Vermögen der Gazprom Germania GmbH wird beschränkt und steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bundesnetzagentur.

Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) war der mittelbare Erwerb der Gazprom Germania GmbH durch JSC Palmary (Russland) und Gazprom export business services LLC (GPEBS, Russland) zur Kenntnis gelangt. Da die Gazprom Germania GmbH kritische Infrastruktur betreibt, muss jeder Erwerb durch einen Nicht-EU-Investor vom BMWK genehmigt werden. Unklar ist, wer wirtschaftlich und rechtlich hinter den beiden genannten Unternehmen steht. Zudem hat der Erwerber die Liquidierung der Gazprom Germania angeordnet, was, so lange der Erwerb nicht genehmigt ist, nicht rechtmäßig ist.

Das BMWK hat die Genehmigung zum Erwerb nicht erteilt. Somit ist jede damit verbundene Rechtshandlung und auch der Erwerb als solcher schwebend unwirksam (§ 15 Abs. 3 AWG). Die Palmary ist damit nicht neue mittelbare Eigentümerin der Gazprom Germania GmbH. Das BMWK führt ein Investitionsprüfungsverfahren und setzt die Bundesnetzagentur (BNetzA) für eine Übergangszeit als Treuhänderin ein. So ist sichergestellt, dass das Prüfrecht effektiv ausgeübt werden kann und keine vollendeten, gesetzeswidrigen Fakten geschaffen werden.

Bundesminister Robert Habeck betonte: „Die Bundesregierung tut das Notwendige, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Dazu zählt auch, dass wir Energieinfrastrukturen in Deutschland nicht willkürlichen Entscheidungen des Kremls aussetzen. Die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Geschäfte in Deutschland muss gesichert sein. Das ist

auch wichtig, damit die Versorgung in europäischen Partnerländern funktioniert. Die unklaren Rechtsverhältnisse, Verstöße gegen die Meldepflicht und die Ankündigung der Liquidierung der Gazprom Germania zwingen die Bundesregierung nun zu diesem Schritt. Wir haben die Genehmigung für den Erwerb nicht erteilt. Stattdessen übernimmt die Bundesnetzagentur als Treuhänderin die Funktion einer Gesellschafterin. Sie kann alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um weiter die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.“

Gazprom Germania fungierte bisher als Holding für Aktivitäten von Gazprom in Deutschland und anderen europäischen Ländern, insbesondere auch beim Betrieb von kritischer Infrastruktur. Dazu zählen der Energiehandel sowie der Gastransport und Betrieb von Gasspeichern. Daher ist die Einsetzung eines Treuhänders erforderlich, um die Geschäfte fortzuführen und so die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zur Versorgungssicherheit gibt die Bundesnetzagentur einen täglichen Lagebericht heraus.

Die Anordnung wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und ist dann dort einsehbar.

-----

**Bloomberg:**

[Bundesregierung sucht Käufer für deutsche Gazprom-Sparte: Kreise \(msn.com\)](#)

Die Bundesregierung ist auf der Suche nach einem Käufer für Geschäftsbereiche der Gazprom in Deutschland. Nach Angaben einer mit der Angelegenheit vertrauten Person würde sie im Falle einer Übernahme auch staatlich geförderte Kredite über die KfW Ipx-Bank anbieten.

Die Regierung spreche bereits mit möglichen Interessenten an der Gazprom Germania GmbH oder einigen ihrer Töchter, etwa dem Energieversorger Wingas GmbH oder dem Gasspeicher-Betreiber Astora, hieß es. Eine Verstaatlichung von Teilen der Gazprom Germania als letztes Mittel sei allerdings ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Gazprom hatte am Freitag mitgeteilt, dass es nicht mehr Eigentümer seiner deutschen Tochtergesellschaft sei, ohne jedoch die neuen Eigentumsverhältnisse offenzulegen. Aus dem deutschen Handelsregister geht hervor, dass Gazprom Export Business Services LLC, der direkte Eigentümer von Gazprom Germania, ausgestiegen ist.

Zugleich soll ein Unternehmen namens Palmary Aktionär von Gazprom Export Business Services geworden sein. Es ist nicht klar, wer der wirtschaftliche Eigentümer von Palmary ist: Das Unternehmen wurde im Oktober 2021 unter einer Moskauer Adresse registriert, und seit dem 30. März ist laut russischem Firmenregister Dmitri Tsepljajew sein Generaldirektor.

Astora betreibt den größten deutschen Gasspeicher in der niedersächsischen Stadt Rehden.

Die Auswirkungen einer Pleite der deutschen Gazprom-Sparte auf die deutsche Wirtschaft werden derzeit noch geprüft. Eine endgültige Entscheidung der Regierung ist noch nicht gefallen. Eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums wollte sich am Montag nicht zum Thema äußern.

---

#### **Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Ruslandthemen**

- Energieversorgung im BMWK: [buero-iiib6@bmwi.bund.de](mailto:buero-iiib6@bmwi.bund.de)
- Rohstoffe: [buero-ivb5@bmwi.bund.de](mailto:buero-ivb5@bmwi.bund.de)
- Sanktionsbezogene Fragen: [sven.sattler@bmwi.bund.de](mailto:sven.sattler@bmwi.bund.de)
  
- VB2 (Sanktionen).  
Referatsleitung  
Frau Dr. Conrad  
Herr Blaschke  
E-Mail: [Buero-VB2@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VB2@bmwi.bund.de)
  
- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.  
Referatsleiter  
Herr Andreas Neumann  
E-Mail: [Buero-VE1@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VE1@bmwi.bund.de)

## Spiegel:

### **Lindner stoppt Steuerzusammenarbeit mit Russland und Belarus (S)**

**Angesichts des Kriegs gegen die Ukraine hat Deutschland den Informationsaustausch mit russischen und belarussischen Steuerbehörden ausgesetzt. Nach SPIEGEL-Informationen kommt die Bundesregierung damit einer Bitte aus Kiew nach.**

Die Sanktionen der Bundesregierung gegen Russland gehen weiter als bislang bekannt. Deutschland habe mit Beginn der Invasion auch in Steuerangelegenheiten die Zusammenarbeit mit Russland und Belarus auf Eis gelegt, teilte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) seinem ukrainischen Amtskollegen Serhij Martschenko am vergangenen Dienstag in einem Brief mit, der dem SPIEGEL vorliegt.

Insbesondere sei der Informationsaustausch der Steuerbehörden untereinander ausgesetzt. Dieser ist wichtig, weil die Finanzämter eines Landes Unternehmen nur dann angemessen besteuern können, wenn sie über sämtliche abgabe-relevanten Informationen verfügen. Außerdem erstatte Deutschland russischen Staatsangehörigen und Unternehmen keinerlei Quellensteuer mehr, wenn sie hierzulande bei der Finanzverwaltung registriert seien, schrieb Lindner. Normalerweise werden solche Abgaben, etwa die Kapitalertragsteuer, verrechnet, damit Firmen und Bürger nicht doppelt besteuert werden.

Der Finanzminister sicherte seinem Amtskollegen zu, dass die Bundesregierung Bestrebungen der Industrieländerorganisation OECD unterstütze, Russland aus allen ihren Organen auszuschließen. »Wir sind entschlossen, Russland und Belarus weiteren ökonomischen Schaden zuzufügen«, schreibt Lindner. »Mein Ministerium steht Ihnen in diesen Angelegenheiten vollständig zur Verfügung.«

### **Reaktion auf Bitte der Ukraine**

Lindner reagiert mit seinem Brief auf eine entsprechende Bitte Martschenkos von Mitte März. Dieser hatte die Deutschen aufgefordert, die Zusammenarbeit mit Russland komplett einzustellen. Beim Informationsaustausch im gewohnten Umfang fielen russischen Behörden ansonsten viele Daten in die Hände, die sie missbrauchen könnten. »Wir bitten Sie, die Bedrohung der nationalen Sicherheit zu beachten, wenn große Datenmengen mit einem internationalen Aggressor geteilt werden«, heißt es in dem Schreiben Martschenkos.

Die Informationen könnten zu geheimdienst-lichen Zwecken genutzt werden. Solche Überlegungen hätten im Rahmen der OECD nie eine Rolle gespielt, weil bislang keine Gefahr bestand. »Diese Situation hat sich mit dem unprovokierten Angriff Russlands auf die Ukraine jedoch drastisch geändert«, schreibt Martschenko.

-----

**Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

---

## Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

---

## Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

---

## GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](#)

---

## FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](#)

---



## 2. Terminübersicht

### 7. April: „Marktplatz der Begegnungen - Ukraine“ der Handelskammer Hamburg

Am 7. April 2022 findet in der Handelskammer Hamburg mit dem "Marktplatz der Begegnungen" ein besonderes Angebot für Schutzsuchende aus der Ukraine statt. Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, beiden Seiten - Schutzsuchenden und Ausstellenden - eine Plattform zu bieten, sich gegenseitig kennen zu lernen und gemeinsam niedrighschwellige Arbeitsmöglichkeiten, sei es über ein Praktikum, einen Minijob, eine Teilzeitmitarbeit oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, zu eruieren. Ebenfalls soll dieses Event dazu dienen, Ukrainerinnen und Ukrainern soziale und beruflich relevante Themen aus ihrem neuen Gastland in einem angenehmen Umfeld näherzubringen.

Weiterführende Informationen finden Sie hier: [Marktplatz der Begegnungen - Handelskammer Hamburg \(hk24.de\)](https://www.hk24.de/veranstaltungen/marktplatz-der-begegnungen-ukraine)

-----

### 7. April: Economic and social impacts of the war in the Ukraine in Central and Eastern Europe, 10:00-12:00 h (Zoom)

The OECD Berlin Centre, the Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw) and their OECD CEE network cordially invite you to an online discussion:

#### Economic and social impacts of the war in the Ukraine in Central and Eastern Europe

**Thursday, 7 April, 11:00 – 12:00 | Digital per ZOOM**

Presentation: **Richard Grieveson**, wiiw

The war in Ukraine is first and foremost a human tragedy. With an enormous number of refugees from the war zone arriving in neighbouring countries, a large-scale energy shock and disruption of trade it also has considerable economic and social repercussions with a particularly strong impact on countries in Central and Eastern Europe. The seminar discusses scenarios for growth and inflation and the main questions arising for trade, energy and food security as well as the integration of refugees in Europe.

The webinar will be in English.

Please register for this event using our **registration form at: <https://events.oecd-berlin.de/186>**.

-----

**13. April: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 Uhr**

Bis auf weiteres findet alle 14 Tage mittwochs ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

-----  
**13. April: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr**

Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium bieten an diesem Mittwoch von 11:30 – 13:00 Uhr wieder ein aktuelles Briefing zu den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an.

Anmeldung und Informationen bei: Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de

-----  
**13. April: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business, 14.00 Uhr**

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland laden Sie **zur 3. Ausgabe** der Online-Veranstaltung **Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Mittwoch, 13. April 2022, 14.00 Uhr MEZ** ein.

Anmeldeschluss ist Dienstag, der 12. April um 16.00 Uhr.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Fragen zur Veranstaltung und Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart ([c.schuchart@oa-ev.de](mailto:c.schuchart@oa-ev.de)) oder Jens Böhlmann ([j.boehlmann@oa-ev.de](mailto:j.boehlmann@oa-ev.de)).

### 3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 1. April)

#### Neues Sanktionspaket der EU in Vorbereitung

Derzeit wird auf EU-Ebene ein neues Paket von Sanktionen gegen Russland diskutiert. Die Europäische Kommission schlägt nach Informationen von Business Europe vor, die folgenden Elemente aufzunehmen:

- Ein Importverbot für Kohle (im Wert von 4 Mrd. Euro pro Jahr)
- Ein vollständiges Transaktionsverbot für 4 russische Banken, darunter die VTB (auf diese 4 Banken entfallen 23 % des Marktanteils)
- Ein Verbot für russische und von Russland betriebene Schiffe in EU-Häfen (es gelten humanitäre Ausnahmen) sowie ein Verbot für russische und weißrussische Straßentransportunternehmen
- Gezielte Ausfuhrverbote (im Wert von 10 Mrd. Euro) für Hochtechnologiesektoren (einschließlich Halbleitern, Maschinen und Transportausrüstung)
- Neue Einfuhrverbote für Holz, Zement, Meeresfrüchte und Spirituosen (im Wert von 5,5 Mrd. Euro)
- Sehr gezielte Maßnahmen zum Ausschluss russischer Bieter von öffentlichen Ausschreibungen und vom Zugang zu finanzieller Unterstützung

Darüber hinaus soll es weitere Personensanktionen geben.

Die Kommission kündigte außerdem an, dass an weiteren Sanktionen gearbeitet wird, die auch Ölimporte betreffen.

Der Zeitplan sieht vor, dass der Vorschlag bis morgen bei den EU-Botschaftern eintrifft, die die Maßnahmen diskutieren werden, bevor sie grünes Licht geben.

Hier das Pressestatement mit den Ankündigungen von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen:

[Statement by the President on the fifth round of sanctions \(europa.eu\)](#)

-----

## **Europäische Kommission:**

### **[EU macht russische Regierung für Gräueltaten in Butscha verantwortlich \(europa.eu\)](#)**

Die EU hat die bekannt gewordenen Gräueltaten russischer Streitkräfte in einer Reihe besetzter ukrainischer Städte aufs Schärfste verurteilt. In einer am Montag im Namen der EU veröffentlichten Erklärung des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell heißt es: „Quälende Bilder von zahlreichen toten und verwundeten Zivilisten sowie zerstörten zivilen Infrastrukturen zeigen das wahre Gesicht des brutalen Angriffskrieges, den Russland gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung führt. Die Massaker in der Kleinstadt Butscha und anderen ukrainischen Städten werden in die Liste der auf europäischem Boden begangenen Gräueltaten aufgenommen. Hierfür ist die russische Regierung verantwortlich, denn dieses Gebiet war unter ihrer Kontrolle, als die Gräueltaten begangen wurden. Sie unterliegt dem internationalen Besatzungsrecht.“ Auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zeigte sich auf Twitter entsetzt. „Eine unabhängige Untersuchung ist dringend erforderlich. Die Täter von Kriegsverbrechen werden zur Rechenschaft gezogen werden“, so die Präsidentin.

In der Erklärung heißt es weiter: „Diejenigen, die Kriegsverbrechen und andere schwere Verstöße begangen haben, sowie verantwortliche Regierungsmitarbeiter und militärische Befehlshaber werden zur Rechenschaft gezogen werden. Die Europäische Union unterstützt alle Maßnahmen, mit denen die Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Ukraine durch russische Streitkräfte gewährleistet wird.

Insbesondere unterstützen wir uneingeschränkt die von der Anklägerin des IStGH eingeleiteten Ermittlungen zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Arbeit der Untersuchungskommission des OHCHR. Die EU unterstützt den ukrainischen Generalstaatsanwalt und die Zivilgesellschaft, die sich auf das Sammeln und Sichern von Beweismaterial für diese Kriegsverbrechen konzentrieren.

Wir stehen in diesen für die ganze Welt schwierigen Zeiten uneingeschränkt solidarisch an der Seite der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung. Die EU wird die Ukraine weiterhin nachdrücklich unterstützen und die Arbeit an weiteren Sanktionen gegen Russland dringend vorantreiben.

Präsident Putin muss diesen Krieg unmittelbar und bedingungslos beenden.“

### **[Ukraine: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der EU zu russischen Gräueltaten in Butscha und anderen ukrainischen Städten - Consilium \(europa.eu\)](#)**

-----

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

### **Merkur**

#### **Grenzen dicht? Ukraine arbeitet an massivem Schritt von Polen und Balten – Start in „zwei bis drei Tagen“ (M)**

Der ukrainische Botschafter in Polen, Andrij Deszczyca, hat eine brisante Nachricht bestätigt: „Die Ukraine verhandelt mit der polnischen Regierung über die Schließung der Grenze zwischen Polen und Belarus“, sagte Deszczyca. Ukrinform und Interfax-Ukraina haben den Diplomaten in Bezug auf die Entscheidungen der Europäischen Union dementsprechend zitiert. Schon in den nächsten zwei bis drei Tagen könne die Grenze geschlossen werden, meldete das Medium Nexta am Montag (4. April).

„Wir verhandeln mit dem polnischen Infrastrukturministerium, mit der polnischen Regierung, die Grenze zwischen Polen und Belarus vollständig zu schließen – auch wenn eine solche Entscheidung nicht auf der Ebene der Europäischen Union getroffen worden wäre“, hatte Deszczyca zuvor bestätigt. Das ukrainische Infrastrukturministerium habe schon am 25. März einen Brief an die Europäische Kommission adressiert hatte mit dem Anliegen, die Verkehrsverbindungen mit Russland und Belarus im Ukraine-Krieg\* vollständig zu blockieren, heißt es bei Ukrinform.

#### **Ukraine-Krieg: Polen und Baltikum mit Grenzschießung nach finnischem Vorbild?**

Gespräche über die Grenzschießungen soll die Ukraine auch mit Litauen, Estland und Lettland geführt haben. Auch diese Länder wurden darum gebeten, ihre östlichen Grenzen zu schließen. „Ich denke, dass eine solche Entscheidung getroffen wird, wir müssen nicht auf die Entscheidung der Europäischen Union warten - wir werden alle Lieferungen nach Russland\* vollständig blockieren“, betonte Deszczyca.

Der Warentransport aus der EU in Richtung Belarus und Russland ist seit Wochen eines der Topthemen in der mittelosteuropäischen Region. Denn es gibt Anzeichen dafür, dass Russland versucht, über diese Routen die Wirtschaftssanktionen zu umgehen. Polnische, belarussische und ukrainische Aktivisten, die regelmäßig die polnisch-belarussischen Grenzübergänge für Lastwagen blockieren und Staus von bis zu 50 Kilometern verursachen, haben mehrere Verschleierungsversuche gemeldet. Demnach würden Lastwagen, die in Richtung Osten Waren transportieren, gezielt Belarus als Lieferziel angeben, obwohl diese Waren in Wirklichkeit weiter nach Russland gelangen sollen.

Es wurden auch Fälle von vorsätzlicher Täuschung von den Aktivisten beobachtet. Lastwagenfahrer würden vortäuschen, humanitäre Hilfe zu transportieren. Darüber hinaus wurde bei den Blockaden eine Petition an den polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki zur sofortigen Schließung der Grenzübergänge zu Belarus und Russland gerichtet. Die polnische Regierung hat aber betont, dass die Kontrollen an den Grenzen sehr genau durchgeführt werden. Die Transportgüter werden überprüft und es werden auch spezielle Scanner für Container eingesetzt.

## **Ukraine-Krieg: Grenzschießung zu Russland mit weitreichenden Folgen für Warenverkehr**

Für den Warenverkehr zwischen der gesamten EU, Russland und Belarus hätte eine Grenzschießung im eskalierten Ukraine-Konflikt\* weitreichende Folgen. Die polnische Regierung hat daher bereits Mitte März darauf verwiesen, dass diese Frage unbedingt in der EU diskutiert und entschieden werden muss.

Mateusz Morawiecki, Ministerpräsident von Polen, spricht bei einer Pressekonferenz in der Kanzlei des Premierministers. Der polnische Premierminister hat die Einrichtung eines internationalen Gremiums gefordert, das den von ihm so genannten russischen Völkermord in der Ukraine untersuchen soll.

Mateusz Morawiecki, Ministerpräsident von Polen, spricht bei einer Pressekonferenz in der Kanzlei des Premierministers. Der polnische Premierminister hat die Einrichtung eines internationalen Gremiums gefordert, das den von ihm so genannten russischen Völkermord in der Ukraine untersuchen soll.

„Wenn wir wirksame Hilfsmaßnahmen für die Ukraine\* durchführen wollen, dann müssen wir gemeinsam handeln; daher müssen wir gemeinsam in der Europäischen Union beschließen, die Grenzen mit Belarus für russische Lastwagen zu schließen“ sagte der Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten Michał Dworczyk. In dem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass die Grenzschießung nicht nur Polen, sondern auch die alternativen Grenzübergänge zwischen dem EU-Raum, Russland und Belarus beinhalten. Ansonsten würden die Warentransporte auf Grenzübergänge ausweichen, die nicht von der Schließung betroffen sind.

Diese Meinung teilen auch andere Politiker. Aus der Oppositionspartei des ehemaligen Journalisten Szymon Hołownia kommt der Hinweis, dass Polen in juristischer Hinsicht dem Beispiel Finnlands folgen könnte, um die Grenzschießung umzusetzen. Das skandinavische Land hat den Schienenverkehr nach Russland\* ausgesetzt. Das bedeutet, dass nicht nur der Personenverkehr, sondern auch der Güterverkehr per Bahn gestoppt wurde.

## **Ukraine-Krieg: Folgen für Deutschland bei Grenzschießung zu Russland und Belarus unklar**

Vor der russischen Invasion in der Ukraine war Deutschland der wichtigste Exporteur Richtung Osten. Von dem gesamten Export der EU-Staaten nach Belarus und Russland, der über Polen transportiert wurde, in Höhe von 66 Milliarden Euro, war der Anteil Deutschlands mit 19,4 Milliarden Euro am höchsten. Allerdings bieten auch andere Märkte gute Absatzalternativen für deutsche Waren. Alle Volkswirtschaften Mittelosteuropas sind auch bedeutende Importeure deutscher Waren und Dienstleistungen.

Allein Polen\* als fünftwichtigster Handelspartner Deutschlands importierte im Jahr 2021 deutsche Waren im Wert von über 78 Milliarden Euro. Damit war der Export ins Nachbarland um das Vierfache größer als der unsichere, und in Anbetracht des Krieges unmoralische, Warenverkehr mit Russland und Belarus.

-----

## Tagesschau

### **Litauen stellt russische Gasimporte ein (TS)**

**Angesichts des Ukraine-Kriegs hat Litauen als erstes EU-Land seine Gasimporte aus Russland beendet. Das teilte der Energieminister mit. Schon vor Jahren hatte sich der Baltenstaat bei der Gasversorgung breiter aufgestellt.**

Litauen hat den Import von Erdgas aus Russland nach eigenen Angaben eingestellt. Das Gasnetz des baltischen EU- und NATO-Landes funktioniere seit Monatsbeginn ohne russische Gasimporte, teilte das Energieministerium in Vilnius am Samstagabend mit. Dies werde durch Daten des litauischen Netzbetreibers bestätigt. Daraus gehe demnach hervor, dass ab dem 2. April kein Gas über die Verbindungsleitung zwischen Litauen und Belarus importiert wurde.

"Wir sind das erste EU-Land unter den Lieferländern von Gazprom, das unabhängig von russischen Gaslieferungen ist", wurde Energieminister Dainius Kreivys in der Mitteilung zitiert. Demnach werde der gesamte litauische Gasbedarf nun über das Flüssiggas-Terminal in der Ostsee-Hafenstadt Klaipeda gedeckt. Litauen hatte die schwimmende Anlage Anfang 2015 in Betrieb genommen, um sich unabhängiger von russischen Gasimporten zu machen. Dort sollen den Angaben zufolge nun jeden Monat drei große Lieferungen verflüssigten Erdgases eintreffen.

### **Litauen bezieht auch Öl und Strom aus Russland**

Der Gastransit in russische Exklave Kaliningrad über den Baltenstaat soll dem Energieministerium zufolge ungeachtet des Importstopps weiterlaufen. Litauen grenzt an Kaliningrad sowie an Russlands Verbündeten Belarus.

Litauens Parlament hatte die Regierung in Vilnius in März angesichts des Ukraine-Kriegs dazu aufgefordert, den Import und Verbrauch von russischen Energieressourcen so schnell wie möglich zu stoppen. Nach Parlamentsangaben bezieht Litauen jährlich Öl, Gas und Strom im Wert von mehr als drei Milliarden Euro von Russland.

-----

### **EBRD:**

**[Board of Governors vote for firm action against Russia and Belarus \(ebrd.com\)](https://www.ebrd.com/newsroom/press-releases/2022/04/01/ebrd-board-of-governors-vote-for-firm-action-against-russia-and-belarus)**

### **(Arbeitsübersetzung)**

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung setzt ihre Pläne fort, die Russische Föderation und Belarus von der Finanzierung von Projekten auszuschließen. Der Gouverneursrat der EBWE hat beschlossen, nach dem Einmarsch in der Ukraine harte Maßnahmen gegen die Russische Föderation und Weißrussland zu ergreifen.

Der Zugang der Russischen Föderation und Weißrusslands zu den Ressourcen der Bank soll mit sofortiger Wirkung formell ausgesetzt werden. Dies bedeutet, dass in beiden Ländern keine neuen Projekte oder Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit finanziert werden

können. Darüber hinaus macht die Bank von allen Rechten Gebrauch, weitere Auszahlungen von Mitteln für bestehende Projekte auszusetzen oder zu streichen.

Die EBWE hat bereits angekündigt, dass sie im Begriff ist, ihre Büros in Moskau und Minsk zu schließen.

Die Präsidentin der EBWE, Odile Renaud-Basso, sagte dazu: "Es ist traurig, dass wir nach so vielen Jahren der Zusammenarbeit und Aktivität in beiden Ländern an diesem Punkt angelangt sind. Der von Russland geführte Krieg gegen die Ukraine lässt uns jedoch keine andere Wahl, als unsere Verurteilung mit mehr als nur Worten zu bekunden. Es sind auch Taten erforderlich, damit die beiden Länder keinen Zweifel daran haben, dass sie unserer Meinung nach die Werte untergraben haben, die für uns als Institution und für die internationale Gemeinschaft wichtig sind."

Die EBWE konzentriert sich nun auf die Bereitstellung eines 2-Milliarden-Euro-Pakets zur Unterstützung der Resilienz und des Lebensunterhalts für die Ukraine und andere Länder in der Region, die direkt von der Flüchtlingskrise betroffen sind. Mit den Maßnahmen sollen Unternehmen und Gemeinden unterstützt werden. Die Mittel werden rasch zur Verfügung gestellt, damit ukrainische Unternehmen Liquiditätshilfen, die Stundung von Krediten und Handelsfinanzierungen erhalten können. Wenn möglich, wird Unternehmen geholfen, ihren Standort zu verlagern, damit sie ihre Tätigkeit fortsetzen können. Sobald die Bedingungen es erlauben, hat die Bank auch zugesagt, sich an einem Wiederaufbauprogramm für die Ukraine zu beteiligen.

Die EBWE ist auch bereit, alle Länder, in denen sie tätig ist, bei der Bewältigung der Folgen des Krieges und seiner wirtschaftlichen Auswirkungen zu unterstützen.

---

## [Zeit Online](#)

### **Auf der Suche nach der Schmerzgrenze (Z)**

#### **Nach den Kriegsverbrechen in Butscha und anderen ukrainischen Städten will der Westen die Sanktionen weiter verschärfen. Doch was ist überhaupt noch möglich?**

Nach den Gräueltaten in der ukrainischen Stadt Butscha will der Westen weitere Sanktionen gegen Russland verhängen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am Sonntag weitere Strafmaßnahmen angekündigt. Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will die bisherigen Sanktionen verschärfen und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sagte am Montag in Brüssel, dass die EU-Staaten nun sehr schnell neue Sanktionen beschließen würden – es wäre das fünfte Sanktionspaket der EU. Am Mittwoch soll darüber beraten werden. Auch die USA, Kanada, die Schweiz, Großbritannien, Japan, Südkorea und Australien haben Sanktionen gegen Russland verhängt und diese seit Beginn des Angriffskriegs von Russland auf die Ukraine mehrfach verschärft.

Was also könnte jetzt noch kommen? Um das zu klären, lohnt sich der Blick auf die bisherigen Strafmaßnahmen. Dazu gehören neben der Sperrung des Luftraums für russische



Flugzeuge umfangreiche Handelssanktionen, also Import- und Exportverbote. Russland soll es unmöglich gemacht werden, seine Ölraffinerien zu modernisieren, das Land soll nur noch sehr beschränkter Zugang zu wichtigen Technologien wie Halbleitern oder Software haben und nur noch schwer an Flugzeuge und Waffen kommen können. Zudem wurden zahlreiche russische Oligarchen sanktioniert, ihre Vermögenswerte eingefroren, Einreiseverbote erteilt. Am wichtigsten ist aber der Teilausschluss aus dem Banken- und Zahlungssystem Swift, der Ende Februar verhängt wurde. Es gilt als bisher schärfstes Sanktionsinstrument gegen Russland.

### **Zumindest bisherige Schlupflöcher schließen**

Der Westen betont stets, wie streng die Maßnahmen seien – alle Möglichkeiten sind aber bei Weitem nicht ausgeschöpft, um Russland für sein Vorgehen in der Ukraine zu bestrafen. Zum Beispiel sind Russlands Banken ja noch nicht vollkommen vom globalen Finanzsystem abgeschnitten, auch ist der Handel zwischen Russland und dem Westen bisher "nur" eingeschränkt – aber eben immer noch möglich. Mehrere Hundert Unternehmen allein in Deutschland führen ihre Geschäfte mit Russland ungeachtet der Beschränkungen fort. Zum Beispiel der Konsumgüterkonzern Henkel, der trotz der nun bekannt gewordenen Gräueltaten an der ukrainischen Zivilbevölkerung an seinem Russland-Geschäft festhält, wie der Konzern am Montag mitteilte. Der Hersteller vom Klebestift Pritt und dem Waschmittel Persil beschäftigt rund 2.500 Menschen in Russland und sieht sich für diese nach eigenen Angaben verantwortlich, heißt es zur Erklärung. Bisher hat Henkel lediglich Investitionen sowie Werbe- und Sponsoringmaßnahmen gestoppt.

Bei Unternehmen wie diesen könnten Sanktionen insofern ansetzen. Das hat auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck bereits angekündigt. Er sagte, dass man die Einfuhr weiterer russischer Güter untersagen könne und zudem weitere Exportverbote für Technologien und Konsumgüter verhängt werden könnten. Allerdings wird die Bundesregierung – vor allem der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister – nicht müde zu betonen, dass über die Sanktionen und deren Folgen gründlich abgewogen werden müsse. Viele noch in Russland tätige Unternehmen – wie eben Henkel – argumentieren damit, dass auch viele Jobs und das Geschäft in Deutschland gefährdet wären, müssten sie ihr Russland-Geschäft beenden.

Daher ist es wichtig, dass die bisherigen Schlupflöcher geschlossen werden. Das gilt auch und gerade für die Finanzsanktionen. Laut Habeck gebe es gerade hier "noch Umgehungstatbestände" und Potenzial zum Nachschärfen. Bei Swift könnten freilich noch weitere Stufen erfolgen. Denn ausgenommen sind bisher zum Beispiel die Gazprom-Bank und die größte russische Bank Sberbank. Beide Banken sind wichtig für den Energiehandel mit Russland. Seit Freitag sind sie vielleicht noch wichtiger geworden, denn da trat ein russisches Dekret in Kraft, das vorsieht, dass die Lieferungen für Energie in den Westen nun doch in Rubel bezahlt werden sollen. Seither zahlen Deutschland und weitere EU-Staaten zwar vertragsgemäß weiter in Euro oder US-Dollar, die Wertstellungen werden aber über ein Extrakonto bei diesen Banken in Rubel umgewandelt, was indirekt zur Stabilisierung der russischen Währung beiträgt. Und der russische Präsident Wladimir Putin droht weiter mit einem Lieferstopp an "unfreundliche Staaten".

Doch der Ausschluss der bisher ausgenommenen russischen Banken von Swift käme in etwa einem Energieembargo gleich. Ein Schritt, den manche wie etwa die Grünenpolitiker Anton Hofreiter und Marieluise Beck jetzt als zwingend fordern. Beck plädierte in der Sendung Anne Will am Sonntagabend dafür, ein Embargo schnell und zumindest auf wenige Monate befristet zu verhängen. Denn nur das würde Russland nachhaltig destabilisieren, immerhin stammen 40 Prozent der russischen Staatseinnahmen aus dem Energiegeschäft mit dem Westen. Ein Embargo, gerade über die Sommermonate, wenn der Energiebedarf in Europa wegen der hohen Temperaturen nicht ganz so groß ist, könnte insofern erheblichen Druck erzeugen.

### **Kommt ein Teil-Embargo?**

Die Bundesregierung aber lehnt dies bislang ab. Auch die Industrie warnt. Deutschland ist immer noch zu 40 Prozent abhängig vom russischen Erdgas. Einige Industriesektoren, darunter die Chemie-, Nahrungsmittel- sowie Metall- und Stahlindustrie können nur einen Bruchteil ihres Bedarfs an russischen Erdgas kurzfristig substituieren. Ein enormer Wirtschaftseinbruch würde drohen, Millionen von Arbeitsplätzen und letztlich erheblicher Wohlstand wären gefährdet. Ähnlich werden die Auswirkungen eines Energieembargos in Österreich, Bulgarien, Tschechien, der Slowakei und Ungarn bewertet. All diese EU-Länder sind bisher dagegen. In Italien indes – das immerhin genauso stark abhängig ist wie die Bundesrepublik – ändert sich die politische Meinung gerade.

Betrachtet man hingegen nur die Abhängigkeit von Öl und Kohle, zeigt sich etwas mehr Spielraum. Viele EU-Länder sind hier nicht so stark auf Lieferungen aus Russland angewiesen. Gut möglich ist es daher, dass die EU zunächst den Blick aufs Öl richtet. Frankreichs Präsident Macron hat bereits ein Embargo nur für Kohle und Öl ins Spiel gebracht. Das wäre wirtschaftlich besser zu verkraften. Einige halten auch einen Einfuhrzoll auf russisches Gas für sinnvoll, der zum einen Gaslieferanten motivieren könnte, Gas aus anderen Quellen zu beziehen, und der EU zum anderen zusätzliche Einnahmen beschere würde. Mit Blick auf ein mögliches Kohle- und Ölembargo gibt es die Sorge, dass Russland daraufhin den Gashahn zudrehen könnte – oder die Lieferungen reduziert. Auch das will mitbedacht werden, wie etwa SPD-Vorsitzender Lars Klingbeil wiederholt betont.

### **Deutsche Töchter russischer Energiefirmen im Visier**

Hierzulande hat man bereits erste Vorkehrungen getroffen. Die Bundesregierung hat gerade die Eckpunkte für den Ausbau der Windenergie an Land vorgestellt, Wirtschaftsminister Robert Habeck hat zudem alternative Bezugsquellen etwa in Katar gesichert.

Im Bundeswirtschaftsministerium wurde nach Berichten des Handelsblatt auch schon vor Tagen durchgespielt, wie man die deutschen Töchter russischer Energiefirmen enteignen könnte. Die Raffinerie im ostdeutschen Schwedt gehört etwa mehrheitlich einer Tochter des russischen Energiekonzerns Rosneft. Und die deutsche Tochter, Rosneft Deutschland, steht schon länger unter Beobachtung durch die Bundesregierung. Das Unternehmen war zuletzt unter Druck geraten. Zwar sind russische Energieunternehmen bisher von den Sanktionen ausgenommen, spurlos geht der Krieg an ihnen aber nicht vorüber: Gazprom Germania und Rosneft Deutschland hatten zuletzt Probleme, neue Verträge in Deutschland abzuschließen.

Bei Gazprom überschlugen sich nun die Ereignisse: Der Gazprom-Konzern hatte Freitag angekündigt, seine deutsche Tochter aufzugeben. Diese betreibt über die Tochterunternehmen Wingas und Astora in Kassel Gashandel und auch den größten deutschen Erdgasspeicher in Rehden. Eigentlich hatte der russische Staatskonzern die deutsche Tochter an die russischen Unternehmen JSC Palmary und Gazprom Export Business Services LLC (GPEBS) verkaufen wollen. Doch nun greift die Bundesregierung ein.

Sie setzte am Montag die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für die deutsche Tochter ein – die Bundesnetzagentur übernimmt also die Funktion einer Gesellschafterin. "Die Bundesregierung tut das Notwendige, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Dazu zählt auch, dass wir Energieinfrastrukturen in Deutschland nicht willkürlichen Entscheidungen des Kremls aussetzen", sagte Wirtschaftsminister Habeck zu dem Schritt. Er begründete die Entscheidung mit unklaren Rechtsverhältnissen und einem Verstoß gegen Meldevorschriften im Zusammenhang mit dem geplanten Eigentümerwechsel. Ziel sei es, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

### **Auch dieser Schritt dürfte nicht unbeantwortet bleiben**

Gazprom Germania stand im Verdacht, seine Gasspeicher taktisch einzusetzen und die Speicherstände niedrig zu halten, um die Engpasssituation zu verschärfen. Im Falle einer solchen missbräuchlichen Verwendung der Gasspeicher ist unter Umständen auch eine Enteignung möglich, eine Kanzlei soll das Bundeswirtschaftsministerium bereits dabei beraten haben, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen, berichtete das Handelsblatt unter Berufung auf Insider. Nun also ist das Unternehmen zunächst befristet bis zum 30. September in der Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur. Wie Russland darauf reagieren wird, bleibt abzuwarten. Denn freilich wird auch dieser Schritt nicht unbeantwortet bleiben.

Russland hat seinerseits eine Vielzahl an Strafmaßnahmen erlassen. Erst am Montag verschärfte das Land als Vergeltung die Einreisebestimmungen für Angehörige "unfreundlicher Länder". Präsident Wladimir Putin unterzeichnete ein Dekret, nach dem die bislang geltenden erleichterten Visaregeln für Bürgerinnen und Bürger aus dem Westen aufgehoben werden.

Und auch auf diplomatischer Ebene war Russland aktiv und hat mehrere ausländische Diplomaten als angebliche Spione ausgewiesen. Die Bundesregierung zieht nach – am Montagabend kündigte Bundesaußenministerin Baerbock an, dass 40 russische Diplomaten zu "unerwünschten Personen" erklärt werden. Das kommt einer Ausweisung gleich. Aber welche Wirkung kann dieser Schritt entfalten? Mittelfristig dürften nur ein Energieembargo und ein kompletter Swift-Ausschluss wirklich Eindruck auf Putin machen. Die Maßnahmen wären nicht nur für sein Land schmerzhaft – aber immer noch besser, als wenn Russland diesen Schritt als Vergeltung geht und den Westen wieder einmal vorführt.

---

### **EU-Hilfe bei Lieferketten-Problemen**

Die Plattform Enterprise Europe Network (EEN) hilft von Lieferkettenproblemen betroffenen Unternehmen, Partner in Europa zu finden. Die EEN-Plattform „Supply Chain Resilience“ bietet ein Partnervermittlungsinstrument, das Unternehmen bei jeglicher Unterbrechung ihrer Wertschöpfungskette hilft.

[The Supply Chain Resilience \(SCR\) platform - Welcome \(b2match.io\)](https://www.b2match.io/)

-----

### **EU-Leitfaden zu Sanktionen**

Website der EU-Generaldirektion FISMA mit allen FAQ zu den EU-Sanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](https://europa.eu/sanctions/)

-----

### **EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht**

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](https://europa.eu/eu-foreign-affairs/en/faq-export-restrictions-russia)

-----

## **4. Russland-Gegensanktionen**

## Russisches Gesetz soll Umsetzung von Sanktionen in Russland verhindern

Die Regierungspartei Einiges Russland hat am Montag einen Gesetzentwurf in die russische Duma eingebracht, wonach ausländischen Firmen und deren Managern Strafverfolgung droht, wenn sie die durch „unfreundliche Staaten“ gegen Russland verhängte Sanktionen befolgen. Im Falle der Verabschiedung des Gesetzes können Strafen von bis zu zehn Jahren Gefängnis oder bis zu einer Million Rubel verhängt werden. Betroffene Firmen und deren Management würden dadurch gezwungen, gegen von europäischen Ländern, den USA und anderen Staaten eingeführte Sanktionen zu verstoßen. Internationale Wirtschaftsverbände wenden sich deshalb mit einem offenen Brief an Föderationsrat und die DUMA, um dieses Gesetz zu verhindern oder abzumildern. Die zu erwartenden Folgen wären ein weiterer Rückzug ausländischer Firmen aus Russland, der Verlust von Know-how und Expertise und eine dauerhafte Schädigung des Investitions-Standortes Russland, unabhängig von einem Waffenstillstand und eventuellen Verhandlungen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine.

Hier ein Auszug des offenen Briefes, den die Association of European Businesses (AEB) in Russland initiiert hat und an dem sich auch der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft beteiligt:

...

*Mit großer Sorge verfolgen wir Medienberichte, wonach die Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation in naher Zukunft einen Gesetzentwurf über die strafrechtliche Verantwortung für die Umsetzung von Sanktionen, die von westlichen Ländern gegen die Russische Föderation verhängt wurden, einbringen will. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Leiter russischer Unternehmen, die sich weigern, mit sanktionierten Banken und Unternehmen zusammenzuarbeiten, „unter dem Vorwand, dass sie selbst Gefahr laufen, Beschränkungen unterworfen zu werden“, hart und sogar strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.*

*Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die Annahme der oben genannten Initiative nicht dazu beitragen wird, die Produktion zu erhalten und die Wirtschaft zu entwickeln, insbesondere unter den derzeitigen Bedingungen. Im Gegenteil, es wird zu einer beschleunigten Abwicklung verantwortungsbewusster internationaler Unternehmen führen, die derzeit auf dem russischen Markt verbleiben und ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Partnern und Mitarbeitern nachkommen. Die Frage der Haftung für Sanktionen ist nicht neu und wurde bereits im Jahr 2018 aufgeworfen. Damals waren russische und ausländische Großunternehmen, Banken und Wirtschaftsverbände kategorisch gegen eine solche Initiative, da sich die Wirtschaft in der Tat zwischen Hammer und Amboss befindet. Es kann mit großer Sicherheit gesagt werden, dass praktisch alle Unternehmen Sanktionsklauseln in ihren Verträgen haben, und wenn ein solches Gesetz verabschiedet wird, wird es höchstwahrscheinlich dazu führen, dass sich die Unternehmen beschleunigt vom russischen Markt zurückziehen.*

....

*Die Einführung der strafrechtlichen Haftung wird die bisherigen Bemühungen der russischen Regierung, die Präsenz ausländischer Unternehmen in Russland aufrechtzuerhalten, zunichte*

*machen. Ausländische Manager werden vor eine Wahl gestellt, die sie nicht treffen können. Wenn sie sich an russische Gesetze halten, verstoßen sie gegen nationale Rechtsvorschriften, die sich unmittelbar auf sie auswirken, was auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht. In einer solchen Situation wäre dies ein selbsttragender Auslöser für die Abwanderung derjenigen ausländischen Führungskräfte, die weiterhin in Russland arbeiten.*

...

[В Думу внесли законопроект о 10 годах колонии за исполнение антироссийских санкций в РФ \(interfax.ru\)](#)

### **Kabinett befürwortet strafrechtliche Sanktionen für die Durchsetzung westlicher Sanktionen in Russland**

Die russische Nachrichtenagentur berichtete am Montag folgendermaßen über das geplante Gesetz: [TASS](#)

„Die Gesetzgebungskommission der Regierung hat am Montag eine positive Prüfung des Gesetzentwurfs des Kabinetts zur Einführung strafrechtlicher Sanktionen für die Durchsetzung ausländischer Sanktionen in Russland beschlossen. Der Text liegt der TASS vor.

"Die Regierung der Russischen Föderation unterstützt den Gesetzesentwurf unter dem Vorbehalt, dass er unter Berücksichtigung der genannten Kommentare fertiggestellt wird", heißt es in dem Text.

Insbesondere wird in der Überprüfung festgestellt, dass "der Gesetzentwurf den Schutzgegenständen des Strafrechts nicht in vollem Umfang Rechnung trägt", da Sanktionen "nicht nur gegen die Russische Föderation, sondern auch gegen Bürger der Russischen Föderation sowie gegen russische juristische Personen" verhängt werden können.

Der Antwort zufolge sieht der Gesetzentwurf eine Änderung von Teil 2 des Artikels 201 "Amtsmissbrauch" des Strafgesetzbuches vor, wodurch die Verantwortung für die Begehung dieser Handlung "zur Umsetzung des Beschlusses eines ausländischen Staates, eines Zusammenschlusses ausländischer Staaten oder einer internationalen Organisation, restriktive Maßnahmen gegen die Russische Föderation zu ergreifen", erhöht wird. Die Kommission ist der Ansicht, dass es notwendig ist, die Konstruktion des "eingeführten qualifizierenden Elements" zu klären, da ein solcher erschwerender Umstand "als Bedingung für die Umstände der Tat und nicht als deren Zweck anerkannt werden sollte".

Insgesamt hat das Kabinett keine "konzeptionellen Einwände gegen die festgelegten Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit", da der Staat das Recht hat, Strafen "für sozial gefährliche Handlungen, die erheblichen Schaden verursachen und nicht durch andere rechtliche Mittel verhindert werden können" einzuführen, wie es im Urteil des Verfassungsgerichts der RF vom 25. April 2001 heißt.

Zuvor hatte Andrej Klischas, Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau des Föderationsrates, angekündigt, dass der Staatsduma in Kürze ein Gesetzentwurf zur Einführung einer strafrechtlichen Haftung für die Durchsetzung von Sanktionen auf russischem Staatsgebiet vorgelegt werde. Am Montag erklärte der Senator in seinem Telegramm-Kanal, dass auch der Oberste Gerichtshof Russlands die Initiative unterstütze. Gesetzentwürfe zur Änderung des russischen Strafgesetzbuchs müssen dem Unterhaus mit Rückmeldung der russischen Regierung und des Obersten Gerichtshofs vorgelegt werden.

-----

### **Erlass über Visumsvergeltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen ausländischer Staaten**

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete ein Dekret über gegenseitige Visamaßnahmen für Bürger von 48 „unfreundlichen“ Ländern. Diese Maßnahmen entsprechen dem Beschluss der EU, gelten jedoch für Diplomaten und offizielle Delegationen, nicht für Geschäftsleute. Russland setzte mehrere Bestimmungen der Visaerleichterungsabkommen mit der EU, Norwegen, Dänemark, Island, der Schweiz und Liechtenstein außer Kraft.

#### **Dekret in der deutschen Arbeitsübersetzung:**

Wladimir Putin hat den Erlass "Über Visumsvergeltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen ausländischer Staaten" unterzeichnet.

Text:

In Anbetracht der Notwendigkeit, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um auf die feindseligen Handlungen zu reagieren, die von der Europäischen Union, mehreren ausländischen Staaten, ihren Staatsangehörigen, Staatenlosen mit ständigem oder vorübergehendem Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet und Inhabern von Reisedokumenten, die von diesen ausländischen Staaten oder der Europäischen Union ausgestellt wurden, gegen die Russische Föderation, ihre Bürger und juristischen Personen begangen wurden, erlasse ich hiermit einen Beschluss:

1. in Übereinstimmung mit Artikel 37, Absatz 4 des Föderalen Gesetzes Nr. 101-FZ vom 15. Juli 1995 "Über internationale Abkommen der Russischen Föderation" die folgenden Bestimmungen internationaler Abkommen der Russischen Föderation auszusetzen

(a) In dem Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Gemeinschaft über die Vereinfachung der Visaerteilung für Bürger der Russischen Föderation und der Europäischen Union vom 25. Mai 2006:

.....

b) in dem Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung des Königreichs Norwegen über die Erleichterung der Visaerteilung für Staatsangehörige der Russischen Föderation und des Königreichs Norwegen vom 8. Juni 2007:

...

c) in dem Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung des Königreichs Dänemark vom 27. Mai 2008 über die Erleichterung der Visaerteilung für Staatsangehörige der Russischen Föderation und des Königreichs Dänemark

...

d) in dem Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung Islands über die Erleichterung der Visaerteilung für Staatsangehörige der Russischen Föderation und Islands vom 24. September 2008:

...

e) in dem Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und dem Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erleichterung der Visaerteilung an Staatsangehörige der Russischen Föderation und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 21. September 2009

...

f) in dem Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein vom 12. November 2013 über ein vereinfachtes Visaverfahren für Staatsangehörige der Russischen Föderation und des Fürstentums Liechtenstein

...

2. An das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation:

a) der Delegation der Europäischen Union in der Russischen Föderation, den Botschaften des Königreichs Norwegen, des Königreichs Dänemark, Islands und der Schweizerischen Eidgenossenschaft in der Russischen Föderation Mitteilungen über die Aussetzung der in Absatz 1 dieses Dekrets genannten Bestimmungen internationaler Verträge der Russischen Föderation zu übermitteln;

b) in Zusammenarbeit mit den föderalen Exekutivorganen, die befugt sind, über die Nichtzulassung in die Russische Föderation zu entscheiden, persönliche Beschränkungen für die Einreise in die Russische Föderation und den Aufenthalt in der Russischen Föderation für ausländische Staatsbürger und Staatenlose einzuführen, die feindselige Handlungen gegenüber der Russischen Föderation, ihren Bürgern oder juristischen Personen begehen.

3. Die Regierung der Russländischen Föderation legt der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russländischen Föderation den Entwurf eines Bundesgesetzes zur



Aussetzung der in Absatz 1 dieses Erlasses genannten Bestimmungen internationaler Verträge der Russländischen Föderation vor.

4. Dieses Dekret tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Hier ist der vollständige Gesetzestext:

[Указ об ответных мерах визового характера в связи с недружественными действиями иностранных государств • Президент России \(kremlin.ru\)](#)

Dazu eine Meldung der Nachrichtenagentur Tass:

Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach Angaben von TASS ein Dekret "Über Maßnahmen zur Bekämpfung der Visumpflicht im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen ausländischer Staaten" unterzeichnet. In dem Dokument, das am Montag auf dem offiziellen Portal für juristische Informationen veröffentlicht wurde, heißt es, dass die Unterzeichnung "von der Notwendigkeit ausgeht, sofortige Maßnahmen als Reaktion auf die unfreundlichen Aktionen der Europäischen Union zu ergreifen".

Insbesondere beschloss der Präsident, einige Bestimmungen des Abkommens zwischen Russland und der Europäischen Gemeinschaft über die Vereinfachung der Visaerteilung für Bürger Russlands und der Europäischen Union ab dem 25. Mai 2006 auszusetzen. So wird das vereinfachte Verfahren für die Einreichung von Dokumenten zu Reisezwecken und Mehrfachvisa für ein Jahr für offizielle Delegationen und Journalisten, Mehrfachvisa für fünf Jahre für Mitglieder nationaler und regionaler Regierungen, Parlamente und Gerichte aufgehoben. Darüber hinaus werden die Befreiung von den Visumgebühren für offizielle Delegationen und Mitglieder von Regierungen und Parlamenten sowie die visumfreie Einreise für Inhaber von Diplomatenpässen abgeschafft.

Ähnliche Änderungen wurden an den Visaerleichterungsabkommen zwischen der russischen Regierung und den Regierungen Norwegens, Dänemarks, Islands und Liechtensteins sowie an dem Visaerleichterungsabkommen zwischen der russischen Regierung und dem Schweizer Bundesrat vorgenommen.

Putin hat das Außenministerium angewiesen, für Ausländer und Staatenlose, die unfreundliche Handlungen begehen, persönliche Einreisebeschränkungen nach Russland zu verhängen.

"Das Außenministerium der Russischen Föderation führt in Zusammenarbeit mit den föderalen Exekutivorganen, die befugt sind, über die Nichteinreise in die Russische Föderation zu entscheiden, persönliche Beschränkungen für die Einreise in die Russische Föderation und den Aufenthalt in der Russischen Föderation für ausländische Staatsangehörige und Staatenlose ein, die feindselige Handlungen gegen die Russische Föderation, ihre Bürger oder juristische Personen begehen", heißt es im Text des Erlasses.

-----  
**Regelung der russischen Zentralbank zu „K-Konten“ für den Erdgashandel**

Die russische Zentralbank hat die Regelung für Bankkonten des „K“-Typs für die Abrechnung mit ausländischen Erdgaskäufern festgelegt

Der Vorstand der Zentralbank der Russischen Föderation hat gemäß Absatz 10 des Erlasses Nr. 172 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 31. März 2022 (im Folgenden: Erlass Nr. 172) mit Wirkung vom 1. April 2022 das System der Bankkonten des „K“-Typs für Abrechnungen mit ausländischen Käufern von Erdgas eingeführt.

Das zugelassene Kreditinstitut eröffnet ausländischen Käufern auf deren Antrag hin Bankkonten des „K“-Typs in Rubel und Fremdwährung.

Geldmittel in Fremdwährung im Rahmen von Erdgaslieferverträgen werden auf einem Bankkonto vom „K“-Typ in dieser Währung gutgeschrieben.

Für den Verkauf von Fremdwährung werden die Geldmittel des ausländischen Käufers bei seiner Bestellung von seinem Konto des „K“-Typs in Fremdwährung abgebucht, die Umrechnung erfolgt nach dem in Absatz 6 der Verordnung Nr. 172 festgelegten Verfahren, und nach der Umrechnung werden die Geldmittel in Rubel dem Bankkonto des „K“-Typs in Rubel gutgeschrieben.

Abbuchungen in Rubel vom Bankkonto des „K“-Typs in Rubel werden auf die Konten der russischen Erdgaslieferanten vorgenommen.

Andere Abbuchungen und Gutschriften auf Bankkonten des „K“-Typs, wie z. B. fehlgeleitete Gelder oder Zahlungen an ein zugelassenes Kreditinstitut, werden gemäß den Standardbedingungen des Bankkontos vorgenommen.

Originaltext: [Банк России определил режим банковских счетов типа «К» для расчетов с иностранными покупателями за природный газ | Банк России \(cbr.ru\)](#)

-----

### **Analyse von RSP International zur russischen Neuregelungen für Geschäfte mit Devisenausländern**

Der Präsidentenerlass Nr. 81 vom 01.03.2022 hat ein Genehmigungsverfahren für den Abschluss von Rechtsgeschäften zwischen Deviseninländern und „Personen aus unfreundlichen Staaten“ eingeführt. Das Verfahren zur Einholung entsprechender Genehmigungen bei der zuständigen Kommission ist nun festgelegt worden.

Mit dem Ziel, die finanzielle Stabilität Russlands zu gewährleisten, wurde ein Genehmigungsverfahren für den Abschluss von Rechtsgeschäften durch Ansässige mit so genannten „Personen aus ausländischen Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen“ eingeführt. Das Genehmigungsverfahren gilt in Bezug auf die Gewährung von Krediten und Darlehen an solche Personen (in RUB), sowie für die Abwicklung von Rechtsgeschäften, die zur Entstehung von Eigentumsrechten an Wertpapieren und Immobilienvermögen führen. Die Abwicklung von solchen Rechtsgeschäften bedarf einer besonderen Genehmigung durch

die Regierungskommission zur Kontrolle der Durchführung ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation.

Mit der Verordnung Nr. 295 vom 06.03.2022 hat die russische Regierung das Verfahren zu deren Einholung festgelegt. Darüber hinaus wurden die Arten von Rechtsgeschäften und die für die Erteilung der Genehmigung erforderlichen Unterlagen benannt.

Die Genehmigung der Regierungskommission ist auch in einer Reihe weiterer Fälle erforderlich:

- a) Rechtsgeschäfte von Gebietsansässigen (Deviseninländern) mit ausländischen Personen, die mit ausländischen Staaten verbunden sind, die unfreundliche Handlungen in Bezug auf russische juristische und natürliche Personen begehen (auch wenn diese ausländischen Personen die Staatsangehörigkeit dieser Staaten haben oder ihr Sitz, der Ort der überwiegenden Geschäftstätigkeit oder der Ort des überwiegenden Gewinns aus der Tätigkeit in diesen Staaten liegt), sowie mit Personen, die unter der Kontrolle dieser ausländischen Personen stehen, ungeachtet ihres Sitzes oder Wohnsitzes (im Weiteren "Personen aus ausländischen Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen" genannt):
  - Gewährung von Krediten und Darlehen (in RUB) an Personen aus ausländischen Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, es sei denn, die Gewährung von Darlehen und Krediten ist gemäß Rechtsakt der Russischen Föderation verboten;
  - Rechtsgeschäfte, die zur Entstehung von Eigentumsrechten an Wertpapieren und Immobilienvermögen führen;
- b) Abschluss von den in Ziff. „a“ angegebenen Rechtsgeschäften (Transaktionen) nach dem 22.2.2022, mit ausländischen Personen, die nicht mit ausländischen Staaten verbunden sind, die unfreundliche Handlungen in Bezug auf russische juristische und natürliche Personen begehen, deren Gegenstand von Personen ausländischer Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, erworbene Wertpapiere und Immobilien sind;
- c) Gewährung von Devisendarlehen durch Ansässige an Nichtansässige;
- d) Überweisung von Devisen durch in Russland ansässige Personen auf ihre bei Banken und anderen Finanzmarktorganisationen außerhalb des Territoriums der Russischen Föderation eröffneten Konten (Einlagen) sowie die Überweisung von Geldmitteln ohne Eröffnung eines Bankkontos unter Verwendung elektronischer Zahlungsmittel, die von ausländischen Zahlungsdienstleistern bereitgestellt werden.  
Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Abwicklung eines Rechtsgeschäfts oder einer Gruppe von Rechtsgeschäften (nachstehend „Genehmigung zur Abwicklung eines Geschäfts“ genannt) wird von einem Gebietsansässigen oder einer Person aus einem ausländischen Staat, welcher unfreundliche Handlungen begeht, bei der föderalen Exekutivbehörde eingereicht, welches für die Ausarbeitung der Staatspolitik und rechtliche Regelung im Bereich der Haushalts-, Steuer-, Versicherungs-, Währungs- und Banktätigkeit zuständig ist.

Es sind folgende Unterlagen einzureichen:

- a) Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Abwicklung eines Rechtsgeschäfts, der Informationen über dessen Zweck, Gegenstand, Inhalt und wesentliche Bedingungen sowie

über die notwendige Gültigkeitsdauer einer solchen Genehmigung enthält und in beliebiger Form verfasst werden kann.

Wird ein Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Abwicklung eines Rechtsgeschäftes eingereicht, welches zum Erwerb des Rechts führt, direkt oder indirekt über eine bestimmte Anzahl von Stimmen zu verfügen, die auf die stimmberechtigten Aktien (Anteile) entfallen, welche das Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft bilden, ist in diesem Antrag die Anzahl der Stimmen anzugeben, die auf die stimmberechtigten Aktien (Anteile) entfallen;

b) ein Dokument, welches die staatliche Registrierung des Antragstellers - einer juristischen Person oder einer natürlichen Person als Einzelunternehmer gemäß der Gesetzgebung des entsprechenden Staates bestätigt, oder im Falle einer juristischen Person als Antragsteller, ein Dokument, das ihre Gründung bestätigt;

c) Personalausweis des Antragstellers - einer natürlichen Person;

d) ein Dokument, welches die Gründung des Antragstellers bestätigt, wenn die ausländische Gesellschaft gemäß der Gesetzgebung des Staates ihrer Gründung keine juristische Person ist;

e) Gründungsunterlagen einer juristischen Person als Antragstellers;

f) ein Dokument, welches Informationen enthält über Begünstigte, wirtschaftliche Eigentümer, eine Person, welche die Kontrolle über eine Partei des Rechtsgeschäftes (der Transaktion), die mit dem ausländischen Staat verbunden ist, der unfreundliche Handlungen begeht, ausübt sowie Hinweise darauf, dass eine solche Person gemäß Art. 5 des Föderalen Gesetzes kontrolliert wird;

g) den Jahresabschluss des Gebietsansässigen zum letzten Bilanzstichtag vor dem Datum der Antragstellung, wenn dieser Abschluss nicht im durch Art. 18 des Föderalen Gesetzes "Über die Buchhaltung" vorgesehenen staatlichen Anzeiger für buchhalterische Berichterstattung veröffentlicht ist, für den Fall eines Antrages auf Erteilung einer Genehmigung zur Abwicklung eines Rechtsgeschäfts (einer Transaktion), die zur Entstehung von Eigentumsrechten an Wertpapieren und Immobilienvermögen führt;

h) Angaben zum Bilanzwert des Vermögens des Gebietsansässigen zum letzten Stichtag vor dem Tag der Antragstellung, für den Fall eines Antrages auf Erteilung einer Genehmigung zur Abwicklung eines Rechtsgeschäfts (einer Transaktion), die zur Entstehung von Eigentumsrechten an Wertpapieren und Immobilienvermögen führt;

Sowohl der Antrag als auch die Unterlagen sind in russischer Sprache zu erstellen. Sind die Originaldokumente in einer Fremdsprache abgefasst, so ist eine ordnungsgemäß beglaubigte Übersetzung ins Russische vorzulegen. Die Originale sind mit einer Apostille der zuständigen Behörde des Staates, in dem das Dokument erstellt wurde, zu versehen. Die Unterlagen müssen mit Schnur und Stempel des Antragstellers (falls vorhanden) gebunden werden.

Fungiert als Antragsteller eine natürliche Person, werden die Unterlagen mit der Signatur dieser natürlichen Person unterschrieben, deren Echtheit von einem Notar nach dem festgelegten Verfahren zu bestätigen ist.

Der Antrag kann bei der zuständigen Behörde von einem Vertreter des Antragstellers eingereicht werden, der über eine notariell beglaubigte Vollmacht oder ein anderes Dokument verfügt, das dessen Befugnisse zur Einreichung des Antrags bestätigt.

Dem Antrag ist ein Verzeichnis der einzureichenden Unterlagen beizufügen.

Die im Antrag enthaltenen Angaben und Unterlagen müssen vollständig und korrekt sein. Ist es für den Antragsteller nicht möglich, die Informationen und Unterlagen vollständig einzureichen, so müssen diese in dem ihm zur Verfügung stehenden Umfang vorgelegt werden. Dabei ist anzugeben, aus welchem Grund der Antragsteller die erforderlichen Informationen und Dokumente nicht vorlegen kann, und wo diese angefordert werden können.

Der Antrag und die in Ziff. 5 der Vorschriften genannten Unterlagen sowie die in Ziff. 11 der Vorschriften genannten Anträge können bei der zuständigen Behörde in Papierform oder auch in Form elektronischer Dokumente, die mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sind, eingereicht werden.

Eine Unterkommission, der je ein Vertreter der Administration des Präsidenten der Russischen Föderation, des föderalen Exekutivorgans, das für die Entwicklung der staatlichen Politik und der rechtlichen Regelung im Bereich der Analyse und Prognose der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zuständig ist, sowie der Zentralbank der Russischen Föderation angehören und die vom Leiter der zuständigen Behörde geführt wird, beschließt über Erteilung bzw. Verweigerung der Genehmigung zur Abwicklung des Rechtsgeschäfts (der Transaktion). Der von der Unterkommission gefasste Beschluss wird von der zuständigen Behörde ausgefertigt.

Die Unterkommission ist berechtigt, die Gültigkeitsdauer der durch die Regierungskommission erteilten Genehmigung zur Abwicklung des Rechtsgeschäfts (der Transaktion) festzulegen.

Eine Bearbeitungsfrist der eingereichten Anträge ist nicht bestimmt worden.

Die Unterkommission ist berechtigt, die Entscheidungen über die Erteilung der Genehmigung der Regierungskommission zur Abwicklung des Rechtsgeschäfts (der Transaktion) an einen nicht begrenzten Personenkreis zu treffen.

Das Erfordernis des Genehmigungsverfahrens gilt seit dem 07.03.2022.

Der Föderale Dienst für staatliche Registrierung, Kataster und Kartographie (im Weiteren „Rosreestr“ genannt) und die Föderale Notarkammer haben klargestellt, wie einige der Rechtsgeschäfte (Transaktionen) mit ausländischen Vertragspartnern abzuwickeln sind. Hat die Regierungskommission beispielsweise einem russischen Unternehmen die Genehmigung zum Erwerb von Immobilien einer Vertragspartei aus dem ausländischen Staat, der unfreundliche Handlungen begeht, erteilt, muss diese Genehmigung samt Unterlagen beim Föderalen Dienst für staatliche Registrierung, Kataster und Kartographie

eingereicht werden. Rosreestr verlangt allerdings nicht, dass die Angaben über die ausländischen Personen in den Kaufvertrag aufgenommen werden.

Die Föderale Notarkammer steht auf dem Standpunkt, dass wenn ein solches Rechtsgeschäft notariell beglaubigt werden muss, der Notar vom Antragsteller eine Genehmigung der Regierungskommission einzuholen hat. Dies gilt allerdings nicht für die Erteilung von Vollmachten für den Abschluss solcher Verträge.

Darüber hinaus wird im Schreiben der Föderalen Notarkammer hervorgehoben, dass dieses Verfahren nicht für Erbschaften gilt, die durch ein ausländisches Element verkompliziert werden, für Rechtsgeschäfte und Transaktionen zur Veräußerung von Anteilen am Stammkapital von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie für Fälle, in denen Vollmachten zur Abwicklung von Rechtsgeschäften ausgestellt werden, die der durch die Regierungskommission erteilten Genehmigung bedürfen.

Zum Originaltext:

[Russland - Genehmigung für Geschäfte mit Devisenausländern \(rsp-i.info\)](https://rsp-i.info)

Kontakt zum Autor:

Sergej Suchanow, [sergej.suchanow@rsp-i.com](mailto:sergej.suchanow@rsp-i.com)

-----

Weitere Meldungen aus und über Russland:

### **Höhere Zölle auf Schrot und Leinöl und Exportverbot für Düngemittel**

Moskau hat die Ausfuhrzölle auf Sonnenblumenmehl (Schrot) und Leinöl geändert. Der Zoll auf Leinöl soll danach 20 Prozent des Kaufpreises betragen, jedoch nicht weniger als 100 US-Dollar (90 Euro) pro Tonne. Sonnenblumenmehl-Exporte hingegen werden mit variablem Zoll belegt. Dieser wird nach einer Spezialformel berechnet: Differenz zwischen Richtpreis (Durchschnittswert der monatlichen Marktpreise) und Basispreis (185 US-Dollar pro Tonne), multipliziert mit Korrekturfaktor 0,7. Zur Ermittlung des Richtpreises ist das Agrarministerium zu stetiger Marktbeobachtung angewiesen. Die Neuregelung gilt vom 1. Mai bis 31. August 2022 für Produkte, die aus Russland außerhalb der EAWU exportiert werden. Das Ausfuhrverbot für Ammoniumnitrat außerhalb der EAWU ist ausgeweitet worden. Am 26. März hat Moskau das Verbot um einen Monat bis zum 1. Mai 2022 verlängert.

-----

### **Briefings der AHK Moskau**

Die AHK Moskau bietet zahlreiche Informationsangebote an. Die AHK hat zudem eine Krisen-Hotline geschaltet. Unter +7 (495) 234 49 54 können Sie die Kollegen fast rund um die Uhr erreichen. Hier können Sie sich für die Briefings der AHK anmelden:

[NEW AHK Briefings Subscription \(clickdimensions.com\)](https://clickdimensions.com)

## 5. Sanktionen der USA

(Nachtrag vom 1. April)

### TASS:

#### **USA verhängen Sanktionen gegen weitere 120 Unternehmen aus Russland und Belarus (TASS)**

Washington argumentiert, dass diese Organisationen gegen die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten gehandelt haben

Die Vereinigten Staaten verhängen Ausfuhrsanktionen gegen 120 Unternehmen aus Russland und Weißrussland in den Bereichen Verteidigung, Luft- und Raumfahrt sowie Schifffahrt. Das US-Handelsministerium veröffentlichte am Freitag eine entsprechende Mitteilung im Federal Register, einer Sammlung offizieller Dokumente der US-Regierung.

Sie behauptet, dass alle auf der schwarzen Liste stehenden Einrichtungen "den nationalen Sicherheits- oder außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten zuwider gehandelt haben". Die Sanktionsliste, so das Ministerium, umfasse Organisationen "für den Erwerb und den Versuch des Erwerbs von Produkten, die als verbotene [Lieferungen] zur Unterstützung des russischen Militärs aufgeführt sind" und "zur Unterstützung von Russlands Bemühungen zur Modernisierung [seiner] Streitkräfte".

Wie das Weiße Haus bereits berichtet hat, bedeutet die Aufnahme in die Liste, dass "diese Organisationen nicht mehr in der Lage sein werden, US-Hochtechnologie ohne eine Lizenz zu erhalten", die in den meisten Fällen verweigert werden wird. Die Sanktionen des Handelsministeriums zielen also darauf ab, "zusätzliche Genehmigungsanforderungen aufzuerlegen und den Zugang zu den meisten Genehmigungsausnahmen für die Ausfuhr, die Wiederausfuhr und die innerstaatliche Verbringung zu beschränken", heißt es in der Mitteilung. Bei der Prüfung von Lizenzanträgen, so heißt es in dem Dokument, wird im Rahmen der Sanktionsregelung von einer "Ablehnungsvermutung" ausgegangen, was bedeutet, dass solche Anträge wahrscheinlich abgelehnt werden.

Auf der Liste der 96 russischen Unternehmen stehen unter anderem die PA Sewmasch (Teil der Vereinigten Schiffbaukorporation), das 46. Zentrale Forschungsinstitut des russischen Verteidigungsministeriums, das Institut für Hochenergiephysik, das Alichanow-Institut für theoretische und experimentelle Physik, die Pella-Werft, 35 Unternehmen der Gesellschaft für taktische Raketenwaffen und das nach Professor N.E. Schukowski benannte Zentrale Aerohydrodynamische Institut.

#### **Weißrussische Einrichtungen**

Das Handelsministerium hat Exportsanktionen gegen 24 belarussische juristische Personen verhängt, darunter die internen Truppen des belarussischen Innenministeriums, das Komitee für Staatssicherheit (KGB) und die KGB-Sondereinheit Alfa. Auf die schwarze Liste gesetzt wurden unter anderem das Staatliche Militärische Industriekomitee von Belarus, das

Minsker Radtraktorenwerk (MZKT) und die Abteilung für innere Angelegenheiten des regionalen Exekutivkomitees von Gomel.

In der Bekanntmachung wird betont, dass die Sanktionen als Reaktion darauf verhängt wurden, dass Belarus in erheblichem Maße zum Einmarsch Russlands in die Ukraine beigetragen und die russischen Streitkräfte unterstützt hat.

In dem Dokument heißt es, dass die juristischen Personen auf die Sanktionsliste gesetzt wurden, "weil sie Produkte, die auf der Liste der [zur Ausfuhr] verbotenen Produkte stehen, zur Unterstützung der belarussischen Streitkräfte gekauft oder zu kaufen versucht haben. Es wird betont, dass bei der Prüfung von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigungen für die in der Liste aufgeführten Personen nunmehr eine "Ablehnungsvermutung" gilt.

---

### [Business Insider:](#)

#### **Ein US-Ermittler erzählt, welche Methoden russische Oligarchen nutzen, um Sanktionen zu umgehen (BI)**

US-Ermittler haben Beweise dafür gefunden, dass russische Oligarchen versuchen, Sanktionen zu umgehen. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters sagte der Leiter einer neuen Sondereinheit des Justizministeriums, Andrew Adams, dass selbst Personen, die noch nicht ins Visier genommen worden seien, künftigen Sanktionen ausweichen, indem sie versuchten, Vermögenswerte zu verschieben. Adams leitet die neue Sondereinheit „KleptoCapture“, die im vergangenen Monat eingerichtet wurde, um russische Oligarchen ins Visier zu nehmen und Druck auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin auszuüben.

Adams sagte der Nachrichtenagentur: „Es gibt Bestrebungen – von denen einige öffentlich bekannt sind –, etwa bewegliches Vermögen in Form von Yachten, Flugzeugen (...) in Länder zu verlagern, über die der Eindruck herrscht, dass es schwieriger ist, Ermittlungen durchzuführen und das Vermögen einzufrieren.“ Trotz des Versuchs ihr Vermögen zu verstecken, sind die Oligarchen immer noch mit einem „Rekordniveau“ der internationalen Zusammenarbeit konfrontiert. „Besonders im aktuellen Kontext und im aktuellen Klima ... ist der Grad des gemeinsamen Bestrebens meiner Meinung nach so hoch wie nie zuvor“, sagte Adams im Gespräch mit Reuters.

Das US-Justizministerium reagierte nicht sofort auf eine Anfrage von Insider. Die USA, die EU und das Vereinigte Königreich haben mehrere Listen mit Sanktionen gegen Russland erstellt, darunter auch gegen Putins engen Kreis. Oft ist es schwierig das Vermögen von Oligarchen ausfindig zu machen, da sie sich häufig hinter Firmen verstecken, die nur dazu da sind, das Vermögen zu besitzen und keine Geschäfte zu machen.

Doch entgegen ihrem Ruf, dass bestimmte Standorte „sichere Häfen“ für die Verschleierung von Vermögen sind, lieferten sie Informationen an US-Staatsanwälte. Adams nannte keine Einzelheiten über bestimmte Gerichtsbarkeiten, die ihnen Informationen geliefert haben. Er verriet auch keine Namen, gegen die ermittelt wird.



Die Sondereinheit ist bereit, sich auf langfristige Auseinandersetzungen mit Oligarchen einzulassen, die verhindern wollen, dass die USA ihr Vermögen beschlagnahmen. Adams sagte: „Wir sollten uns darauf einstellen, dass wohlhabende Kläger vor Gericht ziehen werden. Wir werden in Rechtsstreiten verwickelt sein, die eine Weile dauern werden“.

„Die Vereinigten Staaten sind kein geeigneter Ort für Oligarchen, die ihr Geld hier parken wollen“, sagte Adams in dem Interview mit „Reuters“. „Die auffälligsten Vermögenswerte befinden sich nicht in den Vereinigten Staaten“, sagte er. In anderen europäischen Ländern wie Italien, Frankreich und Spanien wurden bereits Superyachten russischer Oligarchen beschlagnahmt. Das Vereinigte Königreich hat kürzlich eine Yacht beschlagnahmt, deren Eigentümer aber unbekannt bleibt. Berichten zufolge läuft ein Betreiber eines Kreuzfahrthafens Gefahr, gegen Sanktionsvorschriften zu verstoßen, weil er die 600 Millionen Dollar teure Superyacht von Roman Abramowitsch in der Türkei anlegen lässt.

-----  
[Link-Sammlung zu den US-Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:](#)

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0602>

[https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221\\_33](https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221_33)

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0608>

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/2914-2022-02-24-bis-russia-rule-press-release-and-tweets-final/file>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/24/fact-sheet-joined-by-allies-and-partners-the-united-states-imposes-devastating-costs-on-russia/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0610>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/03/08/executive-order-on-use-of-project-labor-agreements-for-federal-construction-projects-2/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/message-to-the-congress-on-prohibiting-certain-imports-and-new-investments-with-respect-to-continued-russian-federation-efforts-to-undermine-the-sovereignty-and-territorial-integrity-of-ukraine/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/fact-sheet-united-states-bans-imports-of-russian-oil-liquefied-natural-gas-and-coal/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0641>

[Issuance of Russia-related General Licenses; Publication of amended Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

[Treasury Targets Sanctions Evasion Networks and Russian Technology Companies Enabling Putin's War | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russia-related Designations and Designation Removal; Cyber-related Designation; CAATSA - Russia-related Designations; Issuance of Russia-related Determination pursuant to Executive Order 14024 | U.S. Department of the Treasury](#)

[russia\\_harmful\\_determination\\_20220331.pdf \(treasury.gov\)](#)

[Federal Register :: Blocking Property With Respect To Specified Harmful Foreign Activities of the Government of the Russian Federation](#)

[Federal Register :: Blocking Property With Respect To Specified Harmful Foreign Activities of the Government of the Russian Federation](#)

[Four Russian Government Employees Charged in Two Historical Hacking Campaigns Targeting Critical Infrastructure Worldwide | OPA | Department of Justice](#)

[Microsoft Word - INT.2022.Wind down Sovcomflot 29.03.22 \(publishing.service.gov.uk\)](#)  
[INT.2022.1469378 Sovcomflot GL Publication Notice.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

## **6. Sanktionen weiterer Länder**

## **Australien**

Am 4. April 2022 verabschiedete Australien die Autonomous Sanctions (Export Sanctioned Goods-Russia) Amendment (No. 1) Designation 2022, mit der ein Verbot der Ausfuhr von hochwertigen Luxusgütern nach Russland verhängt wurde, in Übereinstimmung mit ähnlichen Maßnahmen des Vereinigten Königreichs und der G7-Länder. In dem Verbot sind 27 Güter aufgeführt, darunter Schmuck, Luxusfahrzeuge, Tabakwaren und Wein.

[Autonomous Sanctions \(Export Sanctioned Goods—Russia\) Amendment \(No.1\) Designation 2022 \(legislation.gov.au\)](#)

[Russia sanctions regime | Australian Government Department of Foreign Affairs and Trade \(dfat.gov.au\)](#)

## **Großbritannien**

[Link-Sammlung zu den britischen Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:](#)

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-to-phase-out-russian-oil-imports>

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060764/Notice\\_Russia\\_150322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060764/Notice_Russia_150322.pdf)

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060263/Notice\\_Russia\\_110322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060263/Notice_Russia_110322.pdf)

<https://www.gov.uk/government/news/uk-cuts-off-export-finance-support-to-russia-and-belarus>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia>

[Foreign Secretary announces 65 new Russian sanctions to cut off vital industries fuelling Putin's war machine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

[The Russia \(Sanctions\) \(EU Exit\) \(Amendment\) \(No. 7\) Regulations 2022 \(legislation.gov.uk\)](https://www.legislation.gov.uk/uk/2022/7/1)

[Oligarchs' aircraft and ships targeted through new legal powers - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/oligarchs-aircraft-and-ships-targeted-through-new-legal-powers)

[Великобритания заморозила активы трех британских компаний, помогавших РФ обходить санкции \(theins.ru\)](https://theins.ru/news/velikobritaniya-zamorozila-aktivy-treh-britanskikh-kompaniy-pomogavshix-rf-obkhodit-sankcii)

## **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**

## Frankfurter Allgemeine Zeitung

### **Rückzug aus Russland (FAZ)**

#### **Die unmittelbaren wirtschaftlichen Risiken gelten als beherrschbar. Aber was ist mit den Folgewirkungen?**

Die deutschen Geschäftsbanken verabschieden sich vom Russlandgeschäft. Aus seiner Sicht gebe es momentan nur einen Weg, das sei „Reduzierung und Ausstieg“, sagte der Präsident des Bundesverbands deutscher Banken (BdB), Christian Sewing. Nach seinen Worten handelt es sich um eine individuelle Entscheidung, die jedes Institut für sich treffen müsse. Da gebe es auch unterschiedliche Voraussetzungen. „Aber die grundsätzliche Tendenz ist ja eindeutig, und das ist der Rückzug.“

Sewing, der sein Geld im Hauptberuf als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank verdient, äußerte sich am Montagvormittag zu aktuellen Fragen. Am Abend hatte der Spitzenverband in der Hauptstadt zu seinem Jahresempfang eingeladen. Die Begegnung stand unter der Überschrift: Solidarität mit der Ukraine. Das dominierende Thema spiegelte sich auch in den beiden Gastrednern: Litauens Präsident Gitanas Nausėda und dem Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen.

Der Bankenverband rechnet im Falle ausbleibender Energieeinfuhren aus Russland mit einer schweren Rezession. Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sei ein Schock für Europa, meinte Sewing. Die Bilder vom Sonntag aus der Umgebung von Kiew verstärkten diesen noch einmal. Die westlichen Sanktionen in nie da gewesener Härte seien voll gerechtfertigt. Eine Rückkehr zum Status quo sei schwer vorstellbar. Die unmittelbaren wirtschaftlichen Risiken aus den Sanktionen seien für die deutschen Banken beherrschbar, wie auch für das europäische Finanzsystem insgesamt, hob der Manager hervor.

#### **Nun ist die EZB am Zug**

Er bezifferte diese für die deutschen Institute auf 7,5 Milliarden Euro, Stand Ende November 2021. Schwieriger zu beantworten sei die Frage, wie hoch die Folgeeffekte aus der Inflation oder aus den Lieferkettenproblemen seien. Doch könne man auch da auf die Stabilität des Finanzsystems bauen. „Das beunruhigt mich nicht“, beteuerte Sewing. Die Institute hätten enorm viel Kapital und Liquidität aufgebaut.

Auch ohne einen Stopp des Gasimports und der Öleinfuhr erwartet Sewing eine lange nicht in Deutschland gesehene Geldentwertung. Auch ohne Gasembargo werde man in Deutschland und Europa eine Inflationsrate von 7 bis 8 Prozent sehen, sagte er voraus. Deswegen sei es so wichtig, dass die Europäische Zentralbank reagiere. „Wenn es zu einem Importembargo kommt, können wir hier über eine Inflation reden, die zumindest temporär zweistellig ist.“ Man werde auf jeden Fall eine längerfristige Geldentwertung sehen, wie man sie seit dreißig Jahren nicht hatte.

#### **Lob gibt es fürs Krisenmanagement**

Eindringlich forderte der Verbandspräsident eine aktivere Geldpolitik. „Für die Europäische Zentralbank wird es in den kommenden Wochen und Monaten darauf ankommen zu zeigen, dass sie die Zügel fest in der Hand hält und bereit ist gegenzusteuern“, sagte er. Bei allen Ungewissheiten spreche vieles dafür, schon bald die Anleihenkäufe zu beenden und ein erstes Zinssignal zu setzen. „Mit dem Ende der Negativzinspolitik könnte die EZB einen weiteren Anstieg der Inflationserwartungen begrenzen.“ Ein solches Signal werde dringend gebraucht, mahnte Sewing. Hohe Inflationsraten hätten enorme Umverteilungseffekte und belasteten insbesondere Menschen mit geringem Einkommen. „Sie sind deshalb Gift für die Stabilität unserer Wirtschaft und eben auch unserer Gesellschaft.“

Der Bankvertreter lobte das Krisenmanagement der Bundesregierung. Die Abstimmung der Sanktionen mit den westlichen Partnern „klappe“, auch der Austausch mit der Wirtschaft funktioniere. „Hier findet keine Abkoppelung statt, ganz im Gegenteil.“ Es gebe viele Gespräche, die Bundesregierung höre der Wirtschaft gut zu, bevor sie dann am Ende entscheide.

---

### Frankfurter Allgemeine Zeitung

#### **Henkel bleibt vorerst in Russland (FAZ)**

#### **Konsumgüterkonzern verteidigt sich gegen lauter werdende Kritik. Eine Änderung dieser Strategie könnte jedoch bald anstehen.**

Der Umgang des Konsumgüterkonzerns Henkel mit seinem Geschäft in Russland ist am Montag das bestimmende Thema auf der Hauptversammlung des Dax-Konzerns gewesen. Ein großer Teil der 88 Fragen der Anteilseigner drehte sich angesichts des Angriffskrieges in der Ukraine um die Begründung von Vorstand und Aufsichtsrat für den bislang ausgebliebenen Rückzug aus dem wichtigen Markt.

„Das wird in der Öffentlichkeit zum Teil sehr kritisch gesehen“, sagte Simone Bagel-Trah, die sowohl dem Aufsichtsrat als auch dem Gesellschafterausschuss vorsitzt. „Daher ist es mir wichtig zu betonen, dass wir alle geltenden Sanktionen in vollem Umfang anwenden.“ Kritik daran nähmen die Gremien „sehr ernst“. Mehrfach wiederholte auch Henkel-Vorstandschef Carsten Knobel, dass das Unternehmen den Krieg zutiefst verurteile. Das Unternehmen habe die gesamte Werbung und alle Sponsoringaktivitäten eingestellt, sagte der Vorstandsvorsitzende den rund 640 Zuschauern des digital übertragenen Aktionärstreffens.

#### **Es drohen „weitreichende Konsequenzen**

Jedoch würden weiterhin Produkte des täglichen Bedarfs wie etwa Reinigungs- und Hygieneprodukte verkauft. Mit Blick auf die 2500 Beschäftigten in Russland fügte Knobel hinzu, dass ein „kompletter Stopp“ der russischen Geschäfte „weitreichende Konsequenzen“ nach sich ziehen könnte. So bestehe die Gefahr, dass die elf Produktionsstandorte zusammen mit allen Marken- und Patentrechten dem russischen Staat zufallen könnten, wenn Henkel dort enteignet werde. Für lokale Manager bestehe zudem das Risiko, persönlich haftbar gemacht zu werden. „Wir verfolgen die Entwicklungen mit großer Sorge“,

sagte Knobel auch mit Blick auf die Bilder vom Wochenende, als nach dem Rückzug russischer Truppen in der Nähe von Kiew zahlreiche Leichen gefunden wurden.

Obwohl Vorstand und Aufsichtsrat vorerst am Geschäft mit Einschränkungen festhalten, deuteten Knobel und Bagel-Trah an, dass sich das auch ändern könne. „Wir treffen keine leichtfertigen Entscheidungen“, sagte Knobel, alle Rückmeldungen würden ernst genommen und in die Überlegungen einbezogen. Dabei gehe es auch um einen möglichen Reputationsschaden, den etwa Jella Benner-Heinacher, die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der Anlegerschutzgemeinschaft DSW, in ihren Fragen an Vorstand und Aufsichtsrat aufwarf. „Es geht nicht um ein Festhalten um jeden Preis“, sagte Bagel-Trah, die als Mitglied der Eigentümerfamilie auch in deren Namen sprach. „Wir schließen auch nicht aus, unsere Aktivitäten weiter einzuschränken“, sagte sie.

### **Enteignung von Standorten, Marken und Patenten?**

Russland steht für knapp 5 Prozent der Henkel-Umsätze, was rund einer Milliarde Euro entspricht. Aktuell sieht der Dax-Konzern nach den Angaben auf der Hauptversammlung keinen Abschreibungsbedarf, weder in Russland noch in der Ukraine, wo Henkel mit Kriegsbeginn alle Werke geschlossen hat. Gleichwohl prüfe das Unternehmen potentielle Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Vorräte, wie Finanzvorstand Marco Swoboda erläuterte. Das größere Risiko sei der Vermögensverlust durch eine Enteignung der Standorte, Marken und Patente.

Auf dem Aktionärstreffen ging es zudem um die – aus Sicht vieler Anteilseigner – schlechte Performance des Aktienkurses, der seit 2017 etwa die Hälfte an Wert verloren hat. Zwar habe Henkel ein starkes Fundament und sei „finanziell kerngesund“, wie Knobel sagte. „Mit der Entwicklung unseres Aktienkurses können wir aber nicht zufrieden sein.“ Die Jahresziele bezeichnete Henkel mit Blick auf den Krieg und die rasant steigenden Rohstoffkosten als „ambitioniert“, noch hält das Unternehmen aber am Plan vom Umsatzwachstum von 2 bis 4 Prozent fest. Besonders eine Zahl illustriert die herausfordernde Situation: So habe es im vergangenen Jahr 1400 Lieferunterbrechungen von Zulieferern gegeben. Zum Vergleich: 2020 waren es mit 650 schon mehr als dreimal so viele wie in normalen Zeiten. Der hohe Druck auf die Lieferkette habe aber bislang aufgefangen werden können.

-----

### **[Deutsche Welle](#)**

#### **Meinung: Deutsche Unternehmen in Russland - Kollaborateure des Krieges? (DW)**

**Mit jedem Kriegstag wächst der Druck auf westliche Firmen, sich vom russischen Markt zurückzuziehen. Wer bislang am Business mit Putins Russland festhielt, wird aufgeben müssen, meint Miodrag Soric.**

Raus aus Russland: Zahlreiche westliche Unternehmen haben wegen Putins Angriffskrieg den russischen Markt bereits verlassen. Investitionen in Milliardenhöhe, die über 30 Jahre aufgebaut worden sind, haben sich in wenigen Wochen in nichts aufgelöst. Der Ost-

Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bittet um finanzielle Hilfen für die betroffenen Unternehmen.

Wenn überhaupt, dürfen Hilfen nur an solche Firmen gewährt werden, die den russischen Markt zügig und vollständig verlassen haben. Keinerlei staatliche Hilfe darf es geben für Unternehmen wie Ritter-Sport, Metro, Globus, Bayer, Henkel oder Knauf, die in Russland weiter Geld verdienen. Mit ihren Steuerzahlungen nach Moskau finanzieren sie das menschenverachtende Morden Russlands mit, werden zu Kollaborateuren des Krieges. So wie auch die französischen Unternehmen Leroy Merlin, Total oder Auchan.

### **Wirtschaftlicher Druck auf Russland ist kein Selbstzweck**

Sie alle klammern sich an den Kreml - oft mit fadenscheinigen Erklärungen, etwa wenn sie auf ihre Verantwortung für ihre russischen Mitarbeiter verweisen: Die seien ja nicht Schuld am Blutvergießen. Gegenfrage: Meinen sie damit Mitarbeiter, die zumindest in großen Teilen das Regime Putin gewählt haben? Oder jene Russen, die die angebliche "Spezialoperation" unterstützen? Staatliche Propaganda kann nicht als Entschuldigung für alles herhalten, denn ein guter Teil der russischen Bevölkerung unterstützt Putin wirklich.

Unternehmen, die sich weiter in Russland engagieren, stehen vor einem moralischen Dilemma: Weiter Gewinne machen und damit die wirtschaftliche Zukunft des Unternehmens sichern oder Verluste in Kauf nehmen und Arbeitsplätze gefährden? Doch wer in die Augen von sterbenden Müttern in Mariupol blickt oder der Hunderttausenden verzweifelten Kinder, die auf der Flucht sind, dem sollte schnell klar sein, was zu tun ist: Wirtschaftlicher Druck auf Russland ist kein Selbstzweck. Er dient dem Ziel, das Morden in der Ukraine zu beenden. Werte wie Menschlichkeit oder Respekt vor dem Leben sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Westliche Unternehmen, die in Russland bleiben wollen, haben auch eine Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern in Deutschland und in der EU. Denn wer arbeitet schon gerne für ein Unternehmen, das Geschäfte mit Kriegsverbrechern macht? Deswegen werden über kurz oder lang letztlich alle westliche Unternehmen Russland verlassen. Aufrufe im Westen, eben diese Unternehmen zu boykottieren, haben noch gar nicht begonnen. Doch die Vorbereitungen laufen längst. Zudem sorgt der Moskauer Regierungsapparat mit seinen "Gegensanktionen" dafür, dass westliche Unternehmen in Russland gar keine Zukunft haben: Unternehmensgewinne dürfen nicht mehr in harten Devisen ausgeführt werden. Und wer braucht schon wertloses Papiergeld mit der Aufschrift "Rubel"?

### **Aus historischen Fehlern anderer lernen**

Am Ende ist auch klar, dass etwa mit einem Waffenstillstand die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch übler werden: Putin muss, um zu überleben, zurück zur Planwirtschaft, einer totalen Kontrolle des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Diese wird, wie einst in der UdSSR, einheimische Unternehmen bevorzugen. Russland, das vom Rohstoff-Export lebt, wird verkommen zu Chinas billiger Tankstelle. Peking wird Putins Reich hemmungslos ausbeuten; ein Prozess, der Jahrzehnte dauern kann.



Inzwischen besteht kaum Hoffnung, dass die Russen dieses Regime irgendwie loswerden. Wer das glaubt, ist naiv, hat nie in Russland gelebt. Die Mehrheit der Bevölkerung wird sich - wie zu Sowjetzeiten - ins Privatleben zurückziehen oder auswandern. So lange jede Familie über eine Datscha verfügt, wird zwischen Kaliningrad und Wladiwostok niemand hungern.

Putins Traum von der Rückkehr der Sowjetunion dürfte für ein paar Jahre wahr werden. Doch westliche Unternehmen keinen Beitrag zu diesem Traum leisten. Vielmehr sollten sie rechtzeitig von den historischen Fehlern anderer lernen: IBM oder Ford machten noch 1938 Geschäfte mit der Nazi-Diktatur in Deutschland. Später gerieten sie in arge Erklärungsnot.

## **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten**

## **Gesetz zur Beschlagnahmung von Vermögenswerten in der Ukraine könnte auch ausländische Unternehmen treffen, die weiter in Russland aktiv sind**

Die ukrainische Werchowna Rada hat eine Novelle des Gesetzes "über die Grundprinzipien der zwangsweisen Beschlagnahme von Eigentum der Russischen Föderation und ihrer Einwohner in der Ukraine" verabschiedet. Das Gesetz erweitert die bestehenden Rechtsvorschriften über die Beschlagnahme von Vermögenswerten juristischer Personen, die sich im Besitz der Russischen Föderation befinden, und natürlicher Personen, die Bürger der Russischen Föderation sind, und ermöglicht es der ukrainischen Regierung, auch Vermögenswerte von nicht-russischen Unternehmen zu beschlagnahmen, die in Russland tätig sind. Dies könnte sich möglicherweise auf europäische Unternehmen auswirken, die sowohl in der Ukraine als auch in Russland tätig sind.

Die Ukrainian Business and Trade Association (UBTA) hat Business Europe weitere Einzelheiten zu dem Verfahren mitgeteilt:

- Der Gesetzentwurf wurde dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt. Wenn kein Veto eingelegt wird, wird das Gesetz in Kraft treten, wobei die Verfahrensfrist am 17. April endet.
- Es wird erwartet, dass sekundäre Rechtsvorschriften zu bestimmten Elementen der erweiterten Sanktionsregelung erlassen werden. Dies wird es den Unternehmen ermöglichen, das volle Ausmaß der Auswirkungen zu erkennen.

Die Werchowna Rada verabschiedete ferner ein Gesetz, mit dem der Satz einer Reihe von Unternehmenssteuern und -abgaben um einen Koeffizienten von 1,5 (150 %) für juristische Personen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit angehoben wird, die in Russland weiterhin Vermögenswerte halten oder verwalten oder ihre Geschäftstätigkeit fortsetzen.

Schließlich hat die UBTA - eine der Wirtschaftsorganisationen in der Ukraine, mit der BusinessEurope enge Beziehungen und Zusammenarbeit unterhält - ein Team für Rechtspolitik eingerichtet, das europäischen Unternehmen, die sich für regulatorische Entwicklungen in der Ukraine interessieren, zur Seite steht.

Mehr Informationen:

[Contact us \(ubta.com.ua\)](https://ubta.com.ua)

-----

[\*\*Germany Trade & Invest\*\*](#),

**Russlands Angriffskrieg bringt große Not (GTAI)**

**Die ukrainische Wirtschaft wird 2022 drastisch einbrechen. Die Produktionsausfälle ziehen globale Folgen nach sich. Umfangreiche internationale Hilfen stützen das Land.**

Tod, Flucht, zerstörte Häuser und Infrastruktur - der von Russland am 24. Februar 2022 begonnene Krieg bringt den Menschen in der Ukraine unermessliches Leid. Immens sind auch die wirtschaftlichen Verluste. Laut Schätzungen der Kyiv School of Economics beliefen sich die direkten Schäden an Gebäuden und an der Infrastruktur bis zum 24. März 2022 auf

fast 63 Milliarden US-Dollar (US\$). Werden indirekte Folgen berücksichtigt, steigen die Verluste auf bis zu 600 Milliarden US\$. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine belief sich 2021 auf weniger als 200 Milliarden US\$.

### **Wirtschaft bricht 2022 drastisch ein**

Wegen des Kriegs steht rund ein Drittel der ukrainischen Wirtschaft still, erklärte Finanzminister Serhij Martschenko am 20. März 2022. Viele Unternehmen bemühen sich um einen Umzug in den vom Krieg weniger betroffenen Westen des Landes.

Laut einer Umfrage der European Business Association bereiten den Unternehmen aktuell folgende Punkte die größten Probleme:

- Schwierigkeiten mit der Logistik;
- Probleme mit der Warenversorgung;
- eingefrorene Verträge mit ausländischen und lokalen Kunden;
- geringe Kaufkraft der Bevölkerung;
- beschädigte Einrichtungen, Vermögenswerte, Infrastruktur;
- fehlende finanzielle Mittel und Investitionen;
- Mangel an Rohstoffen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht davon aus, dass das BIP im laufenden Jahr real um bis zu 35 Prozent einbricht. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) erwartet einen Rückgang um real 20 Prozent, wenn in den nächsten Monaten ein Waffenstillstand geschlossen wird. Im Jahr 2023 könnte sich die Wirtschaft dann wieder erholen: Dank umfassender Hilfen beim Wiederaufbau erwartet die EBWE im kommenden Jahr beim BIP ein Plus von 23 Prozent.

### **Landwirtschaft bangt um Ernte**

Noch aber halten die Kriegshandlungen unvermindert an. Dies führt auch in der Landwirtschaft zu großen Sorgen, einer Schlüsselbranche der ukrainischen Wirtschaft. In den vergangenen Jahren standen Agrargüter und Nahrungsmittel für rund 45 Prozent der ukrainischen Warenexporte. Bei vielen Produkten zählt die Ukraine zu den führenden Herstellern weltweit, darunter bei Sonnenblumenöl, Weizen und Mais. Viele Länder in Nordafrika und Asien hängen stark von Lebensmittelimporten aus der Ukraine ab.

Zwar sind nicht alle Teile der Ukraine vom Krieg betroffen, jedoch bereiten der Landwirtschaft die Blockade der Seehäfen sowie der Mangel an Personal, Treibstoff, Dünger und Finanzmitteln große Probleme. Sollte sich der Krieg fortsetzen und die Frühjahrssaat in weiten Teilen des Landes ausfallen, drohen allein bei Getreide Ernteaufschläge von 40 bis 50 Prozent, sagt Roman Slastjon, der Generaldirektor des Agrarverbands UCAB.

Ernteaufschläge in der Ukraine dürften zu einer deutlichen Verknappung von Lebensmitteln auf dem Weltmarkt und hohen Preissteigerungen führen. Dies birgt große Gefahren für die Ernährungssicherheit vor allem in Entwicklungsländern.

## **Metallindustrie leidet unter Kriegsfolgen**

Auch der Bergbau und die Metallindustrie, weitere bedeutsame Devisenbringer der Ukraine, sind stark von den Kriegshandlungen betroffen. Erze, Metalle und Metallwaren stehen für rund ein Viertel der ukrainischen Warenausfuhr. Bei den Kämpfen um die Hafenstadt Mariupol wurden die großen Stahlwerke von Metinvest (Azovstal sowie Illich Steel and Iron Works) weitgehend zerstört. Laut Generaldirektor Jurij Ryschenkow produzieren die Werke mehr als ein Drittel des Stahls im Land.

## **Auswirkungen auf weltweite Lieferketten**

Zwar besteht das Gros der ukrainischen Exporte aus Rohwaren und Gütern mit einer geringen zusätzlichen Wertschöpfung. Die Krise zeigt jedoch die große Bedeutung des Landes für globale Lieferketten bei verschiedenen Nischenprodukten. Hierzu zählen Kabelbäume. Weil die Lieferungen aus der Ukraine ausblieben, mussten große deutsche Automobilhersteller ihre Produktion drosseln. Allerdings hat der wichtige Produzent Leoni die Produktion in seinen westukrainischen Werken zuletzt wieder aufgenommen.

Für weitere Engpässe auf dem Weltmarkt sorgen Produktionsausfälle bei den Firmen Cryoin und Ingas. Beide stehen für bis zu 50 Prozent der weltweiten Produktion von Neon, einem Edelgas, das für die Produktion von Mikrochips benötigt wird.

Spürbar sind die Produktionsausfälle in der Ukraine auch bei Holzwaren sowie in der IT-Industrie. Immer mehr westliche Firmen hatten in den vergangenen Jahren auf IT-Dienstleistungen aus der Ukraine zurückgegriffen.

## **Ukraine ist auf internationale Hilfe angewiesen**

Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen, hoher Ausgaben für das Militär und der gewaltigen Schäden an der Infrastruktur ist die Ukraine stark auf die finanzielle Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen. Laut Angaben von Premierminister Denys Schmyhal hat die Ukraine bis Ende März 2022 finanzielle Hilfen von mehr als 3 Milliarden US\$ erhalten. Verhandlungen über weitere 10 Milliarden US\$ laufen. Dank der Unterstützung kann die Ukraine ihren Schuldendienst bislang leisten.

Beim Wiederaufbau nach dem Krieg hofft die Ukraine auf einen neuen Marshallplan. Der EU-Rat kündigte am 24. März 2022 eine Geberkonferenz und die Gründung eines Solidaritätsfonds für die Ukraine an. Beim Wiederaufbau könnten auch die bei westlichen Zentralbanken eingefrorenen Währungsreserven der russischen Nationalbank helfen.

---

## **Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft**

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](http://bizforukraine.com)

-----

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaI@dtek.com](mailto:ZdorevskaI@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

-----

## 9. Hilfsaktionen

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wir erfahren mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

-----

### **Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland**

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt: [Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

Zu diesem Angebot heißt es:

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat sich organisiert, um unsere Heimat und unsere Landsleute in dieser entscheidenden Zeit zu unterstützen. Unsere Mission ist es die Verteidiger der Ukraine zu versorgen und ihnen den Rücken frei zu halten. Wir koordinieren in folgenden Bereichen:

- Informationsarbeit und Pressezentrum
- Humanitäre Hilfe
- Sammlung von Spenden und Geldern
- Organisation von Demonstrationen
- Organisation der Aufnahme von Flüchtlingen
- Medizinische Versorgung

Wenn Sie helfen möchten, Ihren Beitrag zur Verteidigung der Ukraine leisten möchten, Ideen und geplante Aktionen haben, wenden Sie sich bitte an unser Call-Center für Helfer, um unsere Aktionen gemeinsam zu koordinieren: [Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

---

## **EU-Leitlinien für Flüchtlinge**

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/commission/press-room/detail/2022-03-17/leitlinien-ukraine)

---

## **Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden**

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

[https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF\\_Schreiben/Weitere\\_Steuert\\_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html)

---

## **Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:**

### **#WirtschaftHilft**

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

### **Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses**

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

### **Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite [www.jobs.gu-dp.com](http://www.jobs.gu-dp.com). Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

### **Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: [info@rotary-platz-der-republik.berlin](mailto:info@rotary-platz-der-republik.berlin)

### **Spenden für Hilfstransporte**

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de)).

-----





## Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

### Unterkunft

Zuletzt hat es starke Kritik von NGO an der deutschen Unterkunftsvermittlung [www.unterkunft-ukraine.de](http://www.unterkunft-ukraine.de) gegeben. Es wird bemängelt, dass die Wohnungsvermittlung ineffizient läuft.

Alternativen dazu sind: [I CAN HELP HOST](#) und Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#) sowie:

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

### Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

### Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: [www.berlin.de/ukraine](http://www.berlin.de/ukraine)
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
  
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9lnQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](http://germany4ukraine)

---

## Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: [schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com](mailto:schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com)

[https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart\\_zentrales\\_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490](https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490)

---

## Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

---

## Lebensmittel

**BMEL:** Es gibt inzwischen eine Koordinationstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine  
Kontakt: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de).

---

## Medizinische Güter

### SPENDENAUFRAF

#### Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei

darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

---

## **Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

[iwanttohelpukrainians@gmail.com](mailto:iwanttohelpukrainians@gmail.com)

---

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich

an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

**Rotary hilft.**



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

### Weitere Links von Initiativen:

#### **Spenden an Aktion Deutschland Hilft**

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

-----

#### **Unicef**

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

-----

## **Unterstützung für Berichtersterter**

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

-----

## **MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft**

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

-----

## **Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten**

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

-----

## **Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)**

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Kontakt:

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

